



Zeitung
der Schweizerischen
Friedensbewegung

Unsere Welt

Unsere Welt
Schweizerische Friedensbewegung
Postfach 2113, 4001 Basel

36. Jahrgang
Nr. 3 – 2014
Solidaritätsbeitrag: Fr. 2.–

Aus dem Inhalt

Palästina und die Verantwortung Europas	2
Was will die Hamas?	3
Uri Avnery: Geblendet in Gaza	4
Olivenölkampagne nötiger denn je	5
Tobias Pflüger zum NATO-Aufrüstungsgipfel	6
Propaganda beenden: Ex-Geheimdienstler schreiben Obama	7
Abschied von Dietmar Schönherr	8



Jüdische und arabische Israelis kämpfen gemeinsam gegen den Genozid: «Stoppt den Krieg. Sicherheit und Frieden können nicht durch Besatzung, Belagerung und Blutbäder erreicht werden», heisst es in Hebräisch und Arabisch auf diesem Transparent während einer Friedenskundgebung auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv Ende Juli. Foto countercurrentnews.com

Eduardo Galeanos Gaza-Text aus dem Jahr 2012

Strafloses Morden

Woher kommt die Straflosigkeit, mit der Israel das Morden in Gaza betreibt? Die spanische Regierung hätte niemals straflos das Baskenland bombardieren können, um mit ETA aufzuräumen, und die britische Regierung hätte nicht Irland zerstören können, um die IRA zu vernichten.

Von Eduardo Galeano

Um sich zu rechtfertigen, fabriziert der Staatsterrorismus Terroristen: Er sät Hass und erntet Alibis. Alles deutet darauf hin, dass das Gemetzel in Gaza, das seinen Verantwortlichen zufolge Schluss machen soll mit den Terroristen, sie im Gegenteil vervielfältigen wird.

Seit 1948 sind die Palästinenser zur ständigen Demütigung verurteilt. Sie können nicht mal atmen ohne Erlaubnis. Sie haben ihr Heimatland verloren, ihre Ländereien, ihr Wasser, ihre Freiheit, ihr alles. Sie haben nicht einmal das Recht, ihre eigene Regierung zu wählen. Wenn sie für die stimmen, für die sie nicht stimmen sollen, werden sie dafür bestraft. Gaza wird bestraft. Seit Hamas die Wahlen des Jahres 2006 sauber gewann, ist Gaza zu einer Mausefalle geworden, aus der es keinen Ausweg gibt. Etwas ähnliches geschah, als im Jahre 1932 in El Salvador die Kommunistische Partei die Wahlen gewann. In einem Blutbad büsst die Salvadorianer ihr schlechtes Benehmen und lebten von da an unter Militärdiktaturen. Die Demokratie ist ein Luxus, den nicht alle verdient haben.

Es sind Kinder der Ohnmacht, die selbst gebastelten Raketen, die

die Hamas-Kämpfer, in Gaza in die Enge getrieben, schlecht gezielt auf die Ländereien abschiessen, die einst den Palästinensern gehörten und von Israel usurpiert wurden. Und die Verzweiflung ist neben selbstmörderischem Wahnsinn die Mutter der wütenden Drohungen, die Israel die Existenzberechtigung absprechen, wirkungsloses Geschrei, während der sehr wirksame Vernichtungskrieg dem Staat der Palästinenser seit Jahren die Existenzberechtigung abspricht. Von Palästina ist kaum noch etwas übrig. Schritt für Schritt tilgt Israel es von der Landkarte.

Die Siedler besetzen Land und hinter ihnen ziehen die Soldaten die Grenze neu. Die Kugeln segnen den Landraub ab, in legitimer Selbstverteidigung. Es gibt keinen Angriffskrieg, der nicht behauptet, ein Verteidigungskrieg zu sein. Hitler überfiel Polen, um zu verhindern, dass Polen Deutschland überfiel. Bush überfiel den Irak, um zu verhindern, dass der Irak die Welt überfiel. In jedem seiner Verteidigungskriege hat sich Israel ein weiteres Stück Palästina einverleibt, und das Festmahl geht weiter. Das Verspeisen wird gerechtfertigt mit den Besitztiteln, die die Bibel verleiht, mit den zweitausend Jahren Verfolgung, die das jüdische Volk er-

litten hat, und mit der Angst und dem Schrecken, die die überall lauenden Palästinenser verbreiten.

Israel ist das Land, das sich nie an die Empfehlungen und Resolutionen der Vereinten Nationen hält, das nie den Urteilen internationaler Gerichte Folge leistet, das nur Hohn übrig hat für die internationalen Gesetze und auch das einzige Land, in dem die Folter von Gefangenen legalisiert worden ist. Wer hat ihm das Recht verliehen, alle Rechte abzuspochen? Woher kommt die Straflosigkeit, mit der Israel das Morden in Gaza betreibt? Die spanische Regierung hätte niemals straflos das Baskenland bombardieren können, um mit ETA aufzuräumen, und die britische Regierung hätte nicht Irland zerstören können, um die IRA zu vernichten. Verleiht denn etwa der Holocaust den Anspruch auf ewige Straflosigkeit? Oder kommt das grüne Licht nicht vielleicht von der grössten Grossmacht, deren bedingungslosester Vasall Israel ist?

Die israelische Armee, die modernste und best ausgerüstetste der Welt, weiss, wen sie tötet. Sie tötet nicht, weil sie sich irrt. Sie tötet, weil sie Schrecken verbreiten will. Die zivilen Opfer nennt man «kollaterale Schäden», dem Wörterbuch anderer imperialer Kriege zufolge. In Gaza sind drei von zehn «kollateralen Schäden» Kinder. Und zu Tausenden addieren sich die Verletzten, Opfer der Technologie menschlicher Zerstückelung, die die Militärindustrie erfolgreich bei dieser ethnischen Säuberungsaktion ausprobiert.

Und wie immer, immer dasselbe: in Gaza hundert zu eins. Auf hundert

Fortsetzung Seite 2

Internationaler Tag des Friedens

Neuer (K)alter Krieg?

Die UNO hat den 21. September eines jeden Jahres zum Internationalen Tag des Friedens erklärt, um die Idee des Friedens innerhalb und zwischen allen Nationen und Menschen zu würdigen und zu stärken. Die Schweizerische Friedensbewegung gedenkt diesem Tag am Samstag, 20. September 2014 in Basel mit einer Veranstaltung um 18 Uhr zum Thema «Neuer (K)alter Krieg?».

Von Yannick van den Berg

Neuer (K)alter Krieg? Ein Titel, der dem Wiedererscheinen der Gegensätze von Ost und West, und einer Rhetorik aus mittlerweile vergangenen Zeiten eine Steilvorlage zu bieten scheint. Aber genau so lautet die Frage, die beantwortet werden will: War diese auf Konfrontation und Machtgewinn ausgerichtete, die Menschen vergessende, auf Angst und Unwillen zur Verständigung setzende Politik denn jemals wirklich zu Ende? Und falls nicht, können wir an den kriegerischen Ereignissen dieses Jahres ihre neue Aktualität ablesen? Oder müssen wir diese Ereignisse anders denken?

Ende des Jahres 2013 erschienen die ersten Berichte über Proteste und Gewalt in der Ukraine. Für die Öffentlichkeit überraschend setzte Präsident Janukowitsch die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens mit der EU aus. Viele Menschen protestierten dagegen, es kam zur Besetzung des Maidan in Kiew. Demonstranten anderer Länder scheinen dabei das reflexhafte Vertrauen der hiesigen Massenmedien zu geniessen. Diese waren schnell vor Ort, verbreiteten danach aber oft-

mals ein schlecht recherchiertes und daher unvollständiges Bild: Korrupter Staatsapparat gegen die hehren Ziele demokratischer Bürger. Wenig kritische Beachtung fand etwa der Umstand, dass viele Demonstranten offen einen faschistischen Umgang pflegten. Und auch die Gründe, weshalb der damalige Präsident die Ratifizierung des Assoziierungsabkommens aufschob – deren Bedingungen immerhin eine tiefgehende wirtschaftliche Anbindung an den IWF und eine militärische an die NATO umfassten – wurden zur Empörung ob eines erhöhten Rentenalters verkürzt. Eine unangenehme Situation, läuft man als vierte Gewalt doch Gefahr, in seiner Meinung bildenden Funktion enttarnt zu werden. Glücklicherweise verschob sich der Brennpunkt des Konfliktes relativ schnell auf die Krim, wo die klassischen Feindbilder von Ost und West nur wenig an weiterer Begründung benötigten. Russland, Sinnbild für alles Schlechte dieser Welt, übernahm die Rolle des Bösen. Die EU und ihre Partnerorganisationen die des Guten (und in Russland entsprechend umgekehrt).

Fortsetzung Seite 2

Internationaler Tag des Friedens

Neuer (K)alter Krieg?

Dr. Daniele Ganser
Verdeckte Kriegsführung: Ein Blick hinter die Kulissen der Machtpolitik

Rainer Rupp
Krise in der Ukraine: Gescheiterte Friedensbemühungen oder Politik der gezielten Eskalation?

Samstag, 20. September 2014
Zunftsaaal Schmiedenhof, Rümelinsplatz 4, 4001 Basel
ab 12:00 Uhr Infostand auf dem Rümelinsplatz
18.00 Uhr Referate und Podiumsdiskussion

Schweizerische Friedensbewegung SFB | www.friedensbewegung.ch

Israel aus der Opferrolle herausführen

Die Verantwortung Europas

Auf geraubtem Land kann man nicht in Frieden leben, sagt das langjährige Mitglied im Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland, Rolf Verleger. Wir dokumentieren den ersten Teil der Rede, welche der Lübecker Psychologie-Professor an der Kundgebung gegen das Gaza-Massaker vom 26. Juli 2014 in Kiel gehalten hat.

Von Prof. Dr. Rolf Verleger

Mein Vater hatte Auschwitz überlebt, meine Mutter die KZs im Baltikum. Sie zogen mich in der Erkenntnis auf, dass es die Wahl zwischen Gut und Böse gibt und jeder Mensch für seine Taten verantwortlich ist: Sie erzogen mich in der Ethik der jüdischen Religion.

Für weite Teile des heutigen Judentums gelten heute alternative Ethiken. Eine davon – das ist die für Deutschland kompatible Variante – lautet: Wir Juden seien vor allem eines: Opfer.

Aktuell sei der Staat Israel das Opfer unverständlicher Hassausbrüche von Arabern und von «selbst ernannten Gutmenschen» und Antisemiten.

Ich würde gern all diese Leute, die so etwas sagen, Folgendes fragen:

Die Tatsache, dass keiner meiner Grosseltern das Dritte Reich überlebt hat, – gab sie 1947/48 den jüdischen Freischärlern und der israelischen Armee das Recht, Hunderttausende Araber aus Israel zu vertreiben?

Die «Arisierung» des Berliner Grundstücks meines Urgrossvaters – gab sie dem Staat Israel das Recht, Anfang der 50er Jahre den Boden und Besitz der arabischen Vertriebenen zu konfiszieren?

Die Ermordung meiner Onkel und Tanten durch die SS – gibt sie dem Staat Israel das Recht, seit 47 Jahren die Diktatur eines Besatzungsregimes auszuüben?

Die Erschiessung meiner Grossmutter Hanna dafür, dass sie in Berlin ohne Gelben Stern zum Friseur ging – gibt sie dem Staat Israel aktuell das Recht, die Bevölkerung Gazas auszuhungern?

Allgemein: Gibt die Tatsache, dass wir europäischen Juden Opfer eines grossen Unrechts wurden, dem jü-

dischen Staat vor Gott und vor den Menschen das Recht, nun Anderen Unrecht zu tun?

Unsere Politiker und Medien sagen: «Israel hat das Recht, seine Bürger gegen Raketenbeschuss zu verteidigen.»

Kausalketten

Diese Leute tun so, als hätte dieser Raketenbeschuss keine Vorgeschichte. Ich möchte hier zwei Kausalketten nennen: Eine aus den letzten drei Mo-



naten und eine aus den letzten hundert Jahren:

1) Vor kurzem sind Kerrys Friedensverhandlungen gescheitert. Dafür verantwortlich war laut Kerry Israel, wegen fortgesetzter Land-Annexion im Westjordanland («Siedlungsbau») und Nicht-Einhaltung von Zusagen auf Freilassung von Gefangenen. Daraufhin bildeten die beiden zerstrittenen Parteien Fatah und Hamas eine Einheitsregierung. Dies wurde von EU und USA begrüsst, aber Netan-

jahu erklärte, dies nicht zu dulden, benutzte die bis heute unaufgeklärte Ermordung dreier Siedler-Jugendlicher, um Hunderte Hamas-Mitglieder zu verhaften, mehrere Palästinenser wurden vor und nach diesen Morden von Israels Polizei und Armee umgebracht. Ist es so erstaunlich, dass die Hamas dann wieder begann, ihre Rohrgeschosse und Raketen abzufeuern?

2) 1920 erlaubte der Völkerbund dem Britischen Empire die Errichtung einer «jüdischen Heimstätte» im «Mandatsgebiet Palästina», in einem Teil des im Ersten Weltkrieg zerschlagenen Osmanischen Reichs. Um 1890 hatte die zionistische (d.h. die Schaffung eines jüdischen Staats anstrebende) Einwanderung aus dem Zarenreich begonnen und erlebte nun durch das Mandat einen Aufschwung. Die Briten förderten den Grunderwerb, den Aufbau einer separaten jüdischen Ökonomie und die Schaffung halbstaatlicher Strukturen. All dies traf auf den erbitterten, aber weitgehend unorganisierten Widerstand der arabischen Bevölkerung. Diese Spannungen wurden unerträglich, als ab 1933 Hitlers Ausrottungspolitik immer mehr Juden nach Palästina trieb.

In ewigem Unfrieden

In dieser Lage liess der Leiter der jüdischen Körperschaft in Palästina, David Ben Gurion, den «Plan D» entwerfen und umsetzen: Zerstörung der städtischen arabischen Gemeinden durch die Eroberung und Zerstörung der ländlichen Siedlungen in ihrer Umgebung. Die arabischen Städte wurden dadurch von Verkehrswegen, Lebensmitteln und Rohstoffen abgeschnitten und sahen sich zum Aufgeben gezwungen. So gelang es den zionistischen Milizen noch vor der Ausrufung des Staates Israel am 15. Mai 1948 und vor dem Angriff der Nachbarstaaten gegen diesen neuen Staat, mehr als 200 Dörfer und Städte zu erobern und die Einwohner daraus zu vertreiben. Ihr Land wurde enteig-



Karikatur: Carlos Latuff/latuffcartoons.wordpress.com

net und wer zurückkehrte, wurde als «Terrorist» erschossen. Seitdem existiert das palästinensische Flüchtlingsproblem und existiert der Staat Israel, in ewigem Unfrieden mit seinen Nachbarn, denn auf geraubtem Land kann man nicht in Frieden leben.

Das ganze Problem ist Europas Problem, unser Problem: Wir, Europa, haben aus Unfähigkeit, adäquat mit Minderheiten umzugehen, unser Minderheitenproblem nach Arabien exportiert und beschweren uns nun über den angeblichen Antisemitismus der Araber.

Glauben deutsche Politiker wirklich, es sei eine Wiedergutmachung der Ermordung meiner Verwandtschaft, dass nun Israel haltlos und bindungslos alles machen darf, was ihm so gerade einfällt?

Es würde im Gegenteil Israel unendlich gut tun, wenn es aus seiner fantasierten Position, das ewige Opfer zu sein, herausgeführt würde, und wie jeder andere Staat fest in das internationale Regelsystem eingebettet würde. Das heisst, dass die andauernde Diskriminierung nichtjüdischer Israelis, die Besetzung und Militärdiktatur des Westjordanlands, die jahrelange Belagerung Gazas verbunden mit periodischen Massenmorden an seinen Einwohnern sanktioniert und boykottiert werden müssen. Die EU sollte Israel ebenso an seinen Fortschritten in Beachtung von Völkerrecht und Menschenrechten messen wie sie dies – berechtigt oder nicht – mit Serbien und der Türkei tut. (...)

Quelle: kieler-friedensarbeit.de

Gaza...

Fortsetzung von Seite 1

Tote Palästinenser kommt ein Israeli. Gefährliche Menschen, warnt das andere Bombardement, das der internationalen Manipulationsmedien, die uns glauben machen wollen, dass ein israelisches Leben so viel wert ist wie hundert Palästinenserleben. Und die gleichen Medien wollen uns wohl auch glauben machen, die zweihundert Atombomben, die Israel besitzt, dienen humanitären Zwecken, und es sei eine Atommacht namens Iran gewesen, die Hiroshima und Nagasaki vernichtete.

Und die so genannte «internationale Gemeinschaft»: Gibt es die überhaupt? Ist sie mehr als ein Club von Händlern, Bankern und Kriegern? Ist sie mehr als der Künstlername, mit dem sich die Vereinigten Staaten schmücken, wenn sie Theater spielen wollen? Angesichts der Tragödie von Gaza legt die weltweite Scheinheiligkeit einmal mehr Proben ihres Könnens ab. Wie immer zollen die Gleichgültigkeit, die leeren Reden, die hohlen Erklärungen, die hochtrabenden Beteuerungen, die zweideutigen Haltungen der geheiligten Straflosigkeit ihren Tribut.

Der uruguayische Schriftsteller Eduardo Galeano ist Autor u.a. von «Die offenen Adern Lateinamerikas». Den vorliegenden, von uns leicht gekürzten Text zu Gaza schrieb Galeano im November 2012! Übersetzung: Lutz Kliche.

Neuer (K)alter Krieg?...

Fortsetzung von Seite 1

Parallel zu dieser medialen Zeitlupe-Explosion politischer Extreme liessen sich auch sonst keine ermutigenden Neuigkeiten erfahren: In Libyen bekämpfen sich die Milizen mittlerweile wieder stärker, unter der Situation in Syrien leiden nach wie vor viele Menschen, in zahlreichen Ländern Südamerikas, zum Beispiel in Venezuela, Costa Rica und Kuba, wurde die politische Verständigung gezielt sabotiert, während diese im Irak dank der wechselseitigen Aufrüstung verschiedener Kampfverbände schon gar nicht mehr möglich ist. Die Liste liesse sich ohne grössere Probleme und gegen jede grössere geopolitische Macht fortführen. Seit gut 100 Jahren, also seit der Zeit vor dem ersten Weltkrieg, gab es auf der Welt nicht mehr so viele bewaffnete Konflikte wie heute, im Jahr 2014.

Und doch sind die Medien nur ein Teil des Ganzen. Aber: Wenn die hier angesprochenen Feindbilder so leicht Verbreitung finden, respektive wie im Falle der Ukraine reaktiviert werden können, dann stecken wir allesamt entweder noch im gleichen Denken wie früher oder aber die äusseren Umstände sind den bereits bekannten Umständen dermassen ähnlich, dass vom Gleichen gesprochen werden kann.

Maschinerie einer gewaltigen Sinnumkehrung: Diffuse Information und Unwissen fördern die Angst. Angst wiederum scheint nicht zu differen-

ziertem Denken zu führen, sondern vor allem zu impulsiven Abwehrreaktionen und zu gnadenlos realpolitischem Taktieren der sich zunehmend verselbständigenden Machtzentren.

Daher trägt die diesjährige Veranstaltung zum Internationalen Tag des Friedens den Titel Neuer (K)alter Krieg? Der Titel soll ein wesentliches Element der heutigen bedrohlichen Stimmung – die diffuse aber bedrohliche Unsicherheit, die sich im rhetorischen Rückgriff auf die Politik des Kalten Krieges bemerkbar macht – in sich aufnehmen und ihm klärende Beiträge, überlegte und um einen Frieden besorgte Diskussionen entgegen setzen.

Die Veranstaltung findet statt am Samstag, den 20. September 2014, im Zunftsaal der Schmiedenzunft in 4001 Basel. Um 18:00 Uhr beginnen die Referate. Daniele Ganser thematisiert die interessengeleiteten Verbindungen und Verflechtungen verschiedener Akteure, die schliesslich zu einem wirkungsmächtigen aber schwer erkennlichen polit-wirtschaftlichen Militärkonstrukt führen. Anschliessend werden diese Gedanken im Beitrag von Rainer Rupp anhand eines aktuellen Beispiels weiter vertieft. Thema ist die Vorgehensweise der beiden «Seiten», Westen und Osten, auf der Krim und in der östlichen Ukraine. Den Abend moderieren wird Marie Tanner.

Bereits ab 12:00 Uhr mittags wird es auf dem nahe gelegenen Rümelinplatz einen Stand der SFB geben.

Aufruf von Überlebenden des Holocaust

Nie wieder für niemanden!

313 jüdische Überlebende und Nachkommen von Überlebenden des Nazi-Genozids verurteilen einstimmig das Massaker an Palästinensern in Gaza. Die Unterzeichnenden, die vorab in den USA, den Niederlanden, Frankreich und Deutschland leben, sehen ihre Erklärung als Antwort auf eine Inseratenkampagne des Friedensnobelpreisträgers Elie Wiesel, in welcher dieser Israels Kriegshandlungen mit dem Holocaust rechtfertigte.

Als jüdische Überlebende und Nachkommen von Überlebenden des Nazi-Genozids verurteilen wir einstimmig das Massaker von Palästinensern im Gazastreifen und die anhaltende Besetzung und Kolonisierung des historischen Palästina. Wie verurteilen weiter die USA, weil sie Israel mit Geld unterstützen, die Angriffe auszuführen. Und die westlichen Staaten, die allgemein ihre diplomatischen Muskeln benützen, um Israel vor der Verurteilung zu schützen. Ein Genozid beginnt mit dem Schweigen der Welt.

Wir sind alarmiert von der ausserordentlichen, rassistischen Entmenslichung der Palästinenser in der israelischen Gesellschaft, die einen Siedepunkt erreicht hat. In Israel haben Politiker und Experten in «The Times of Israel» und in «The Jerusalem Post» offen zum Genozid der Palästinenser aufgerufen und Israelis vom rechten Flügel übernehmen Neo-Nazi-Insignien.

Ausserdem sind wir angewidert und entsetzt von Elie Wiesels Missbrauch unserer Geschichte in diesen Blättern, die offensichtliche Unwahrheiten benützen, um Israels nicht zu rechtfertigende massive Bemühungen, Gaza zu zerstören, und den Mord an fast 2000 Palästinensern, einschliesslich vielen Hunderten von Kindern zu rechtfertigen. Nichts kann das Bombardieren von UN-Unterkünften, Wohnhäusern, Krankenhäusern und Universitäten rechtfertigen. Nichts kann den Entzug von Strom und Wasser für die Bevölkerung rechtfertigen.

Wir müssen gemeinsam unsere Stimmen erheben und unsere kollektive Macht und Kraft benützen, um alle Formen von Rassismus zu beenden, einschliesslich des andauernden Genozid des palästinensischen Volkes. Wir rufen zu einem sofortigen Ende der Belagerung und Blockade von Gaza auf. Wir rufen zum vollständigen wirtschaftlichen, kulturellen und akademischen Boykott Israels auf.

«Nie wieder» muss bedeuten NIE WIEDER FÜR NIEMANDEN!
Quelle: International Jewish Anti-Zionist Network – ijsn.net/Übersetzung Ellen Rohlf's

Solidarität mit Palästina

Schuldig der Anteilnahme

Auszüge aus der Rede, die der Kölner Politologe Karim Khayal an der Kundgebung «Gerechtigkeit für Gaza, Gerechtigkeit für Palästina» vom 16. August in Köln gehalten hat.

Von Karim Khayal

Entgegen allen Anfeindungen, welche wir in den Medien und seitens der Politik ausgesetzt sind, wollen wir heute unseren Kritikern antworten. Wir antworten ihnen, indem wir sagen: ja wir sind schuldig. Wir werden heute hier und jetzt beichten und das, was uns vorgeworfen wird, nochmal klar betonen. Wir werden beichten und sagen ja: wir sind schuldig. Wir sind schuldig der Anteilnahme und dem Glaube an die Achtung der Menschenrechte. Wir sind schuldig daran, zu glauben, dass alle Menschen, egal welcher Religion oder welcher Hautfarbe, ein unabdingbares Recht auf Leben besitzen. Wir sind schuldig, immer noch an die UN-Deklaration der Menschenrechte und an die Genfer Konventionen zu glauben, daran, dass die zahnlosen Vereinten Nationen dazu da sind, den Geist der Brüderlichkeit und des internationalen Friedens zu schaffen und nicht nur als Spielgrund brutaler Staaten zu existieren.

Wir sagen unseren Kritikern: ja wir bekennen uns mit Stolz. Wir bekennen uns mit Stolz dazu, vielleicht naiv zu sein, immer noch zu glauben, dass das internationale Gesetz zu etwas mehr zählen muss und Staaten nicht das Recht haben, sich darüber hinwegzusetzen, wann und wo sie wollen. Die Missachtung internationaler Normen, und das sagen wir unseren Kritikern laut und deutlich, sind nicht die Lektionen, die wir aus dem Horror des zweiten Weltkrieges lernen sollten.

Wir sind schuldig daran zu glauben, dass der Mord an 1900 Zivilisten, mehr als 300 davon Kinder, die Zerstörung von 10.000 Wohnhäusern, 6 UN-Schulen, 12 Krankenhäusern, 141 Schulen, sowie die bewusste Zerstörung des einzigen Kraftwerkes eines belagerten Volkes und die Vertreibung von 240.000 Menschen durch gezielten Terror ein Verbrechen sind. Wir sind schuldig daran, von der Politik zu verlangen, dass sie nicht nur grosse Worte schwingt, um dann Ethnokratien wie Israel und absolutistischen Feudalstaaten wie Saudi Arabien Waffen in die Hand drücken, damit diese Menschen töten und foltern. Wir sind schuldig daran zu erinnern, dass Israel seit 1967 mehr als 90 im UN-Sicherheitsrat erlassene Resolutionen mit Füßen tritt.

Ja, wir bekennen uns schuldig. Schuldig, nicht schweigen zu wollen, wenn der Vizesprecher des Knessets, Moshe Feiglein, meint, die beste Lösung für den Gazastreifen wären Konzentrationslager und das Exterminieren feindlicher Palästinenser. Schuldig daran, Netanyahu einen Kriegsverbrecher zu nennen, wenn er von ihm zerfetzte palästinensische Kinder als telegen bezeichnet.

Wir sind heute hier, um daran zu erinnern, dass es nicht nur Männer mit Bärten und Kalaschnikows sind, welche bewusst Zivilisten massakrieren, sondern auch Männer wie Netanyahu, die an den besten amerikanischen Universitäten gelernt haben und teure Anzüge tragen. Die Demokratie und die Menschenrechte sind keine Einwegstrassen, welche nur durch westliches Gebiet verläuft, sonst würden sie nicht Menschenrechte heissen! Sie gehören allen Menschen! Allen Menschen!

Wir tragen mit Stolz die Schuld daran zu glauben, dass es kein menschi-

ches Klassensystem geben darf, in der ein amerikanisches oder israelisches Kind mehr Wert besitzt als ein arabisches Kind. Wir tragen mit Stolz die angebliche Schuld, uns gegen Willkür, Hass und Ignoranz durchsetzen zu wollen und an das Gute im Menschen zu glauben.

Wir wissen sehr wohl um die Solidarität vieler Juden, welche sich in Brüderlichkeit und Solidarität mit den Palästinensern vereinen! Wir wissen sehr wohl, dass die Zukunft, die wir uns für Israelis und Palästinenser wünschen, nicht auf Stacheldraht und Beton gebaut ist! Wir sind schuldig daran zu glauben, dass Mauern und Checkpoints in unserer Zeit nichts mehr verloren haben! Wir sind schuldig daran zu glauben, dass Staaten die aufgrund von Religion und Ethnie diskriminieren, Staaten, die wahllos Zivilisten töten und Millionen von Menschen unter Gefangenschaft halten, nicht das Recht haben, sich als Demokratie zu bezeichnen. Für uns

bedeutet eine Demokratie mehr als nur liberaler Schein und ein Dreimilliarden-Blankocheck der grössten Vereinigten Verbrecherorganisation der Welt!

Wir werden immer und immer wieder kommen, um den Mächtigen und Feigen der Welt zu sagen: ja wir sind schuldig. Schuldig, all eurer Versagen anzuprangern, und wir sind stolz darauf. Wir sind stolz darauf! Wir glauben an Gandhis Worte, als es sagte, dass manch ein Mensch sich mit den Steinen, die nach ihm geworfen wurden, ein Monument gebaut hat. Werft weiter eure Steine! Werft sie! Wir stehen hier und verkünden stolz: wir sind stolz auf jeden einzelnen Stein, der nach uns geworfen sind, denn die Menschen in Gaza, die Menschen in Palästina brauchen unsere Unterstützung und unsere Solidarität.

Karim Khayal studierte an der Universität Köln Politikwissenschaften. Er lebte viele Jahre seines Lebens im Mittleren Osten, unter anderem in Ägypten, Saudi Arabien und im Gazastreifen. Quelle: arbeiterfotografie.com



Sobald sich Widerstand gegen die israelische Politik regt, greift die israelische Lobby nach dem Antisemitismus-Stempel. Karikatur Latuff/latuffcartoons.wordpress.com

Auch Angeklagte sollte man anhören

Was will die Hamas?

Warum kämpft die palästinensische Hamas trotz militärisch hoffnungsloser Unterlegenheit weiter? Tappt sie mit ihrer «sinnlosen Ballerei» aus dem Gaza nicht in Israels Falle und liefert dem Besatzerstaat den Vorwand, Gaza mit Raketen und Panzern zu überziehen? Der iranischstämmige Osnabrücker Professor i.R Dr. Mohssen Massarrat wirbt in einem Aufruf an die Friedensbewegung für Verständnis. Wir dokumentieren den Aufruf leicht gekürzt.

Von Mohssen Massarrat

Die Hamas provoziert mit ihren Raketen gegen israelische Städte, die Hamas benützt die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde, Hamas versteckt Waffen in Wohnhäusern, in Moscheen und Krankenhäusern, sie kalkuliert zynisch die toten palästinensischen Zivilisten einschliesslich deren Kinder in ihre Strategie mit ein, um durch die steigende Empörung der Weltöffentlichkeit Israel unter Druck zu setzen – je mehr Tote, desto grösser der Druck. Mit diesen oder ähnlichen Mutmassungen in nahezu allen westlichen Medien sollen Israels Kriegsverbrechen in Gaza heruntergespielt und Hamas auf die Anklagebank gesetzt werden.

Dass die eigentliche Ursache des Gaza-Krieges, der innerhalb von sechs Jahren nun zum dritten Mal stattfindet, die israelische Besatzung ist, gerät dabei völlig aus dem Blick.

Ungeachtet dieser bekannten Methode der Tatsachendrehungen stellt sich aber die brennende Frage, warum die Hamas Israel mit Raketen beschiesst, obwohl sie offensichtlich militärisch ziemlich sinnlos sind? So spricht beispielsweise Jürgen Todenhöfer, der unzweideutig für die Palästinenser Partei ergreift und Sanktionen gegen Israel anmahnt, kritisch von «Hamas' sinnloser Ballerei». Auch ich selbst hatte mich des öfteren gefragt, ob die Hamas mit dem Raketenbeschluss nicht in Israels Falle tappt und dem Besatzerstaat den Vorwand liefert, den er braucht, um Gaza erneut mit Raketen und Panzern zu überziehen. Dadurch könnte Israel nicht nur die Hamas militärisch entscheidend schwächen, sondern auch die gesamte zivile Infrastruktur, die in den letzten Jahren in Gaza aufgebaut wurde, mit einem Schlag zerstören und dieses Stückchen Land um Jahre und Jahrzehnte zurückwerfen.

Hamas' Bedingungen

Erst durch einen Beitrag von Gideon Levy, dem Journalisten der israelischen Zeitung Haaretz, glaube ich, Hamas' scheinbar irrationales Verhalten im gegenwärtigen Krieg begriffen zu haben. In seinem Beitrag, den die FR vom 22. Juli veröffentlichte, beschwört Levy die Israelis, sich die zehn Bedingungen von Hamas für einen zehnjährigen Waffenstillstand wenigstens anzuschauen. (...):

Freiheit für den Gazastreifen, keine Militäroperationen, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, Abzug der israelischen Armee aus Gaza, damit palästinensische Bauern ihr Land bis an den Grenzzaun zu Israel nutzen können, Freilassung von Palästinensern, die erst im Austausch für den israelischen Soldaten Gilat Shalit freikamen und dann bald wieder verhaftet wurden, die Beendigung der Blockade und Wiedereröffnung der Grenzen in Gaza, auch muss der Hafen und der internationale Flughafen unter die Kontrolle der UN gestellt werden, Erweiterung der Fischerei-Zone und Internationale Überwachung des Grenzübergangs in Rafah, Zusage einer zehnjährigen Waffenruhe und Schliessung des Luftraums in Gaza für israelischen Flugzeuge, Erlaubnis für die Einwohner des Gazastreifens für die Reise nach Jerusalem, um in der Al-Aksa-Moschee zu beten, keine Einmischung in die innerpalästinensische Innenpolitik und Regierungsbildung und schliesslich die Eröffnung von Gazas Industriezone.

Levy hält diese Bedingungen nicht nur für «eine faire Grundlage» für einen Waffenstillstand, sondern er bezichtigt Israels Regierung, sie rigoros abzulehnen «selbst wenn diese Forderungen wichtig sind und langfristig den Interessen des Staates Israel entsprechen». Dagegen ziehe Israel es vor, so Levy, «die Hamas gnadenlos zu bekämpfen, und das nur aus Rache». Wie man leicht erkennen kann, stellen tatsächlich alle diese Forderungen ein Minimum für das Überleben der Palästinenser dar, die in einem Ghetto eingesperrt sind, seit ewigen Zeiten vom Zugang zur Welt abgeschnitten wurden und durch eine erbarmungslose Besatzungsmacht mittels Stromabschalten, Behinderung von Medikamenten- und Lebensmittelimporten sowie der Behinderung des Geldtransfers und durch viele andere mehr schikaniert und drangsaliert werden. Warum sollen diese durch und durch zivile Bedingungen der Hamas für Israel unerfüllbar sein, wie Israel und seine westlichen Unterstützer dies der Weltöffentlichkeit weiss machen wollen?

Hamas' Alternativen

Die Hamas kennt die Antwort auf diese Frage, und sie hat für diese Erkenntnis bisher einen hohen Blutzoll bezahlt. Tatsächlich steht sie vor

der Alternative, entweder das Elend und ein menschenunwürdiges Leben für die 1.8 Millionen Palästinenser in Gaza und einen schleichenden Völkermord durch immer wiederkehrende Kriege Israels hinzunehmen, oder aber zur Verhinderung des schleichenden Völkermords weiterzukämpfen und dabei hinzunehmen, dass dieser Kampf bereits heute den Palästinensern viel Opfer abfordert. Ob diese Rechnung aufgeht, ist ungewiss. Hamas durchkreuzt mit ihrer Entscheidung auf jeden Fall die Taktik der israelischen Regierung, die die erste Alternative favorisiert und daher zu einem sofortigen Waffenstillstand ohne jegliche Zugeständnisse bereit ist. Die Hamas hat sich dagegen für die Standhaftigkeit und die Fortsetzung des Raketenkrieges gegen Israel entschieden, weil alle bisherigen diplomatischen und bewaffneten Versuche und gigantischen territorialen Zugeständnisse der Palästinenser nicht zu einem dauerhaften Frieden geführt haben. Was bleibt einer Befreiungsorganisation wie der Hamas, die inzwischen für die palästinensische Nationalbewegung insgesamt kämpft, auch sonst noch übrig, als weiter zu kämpfen, wo doch offensichtlich geworden ist, dass Israel – und das kann man heute mit Fug und Recht behaupten – alles daran setzt, um einen dauerhaften Frieden zu torpedieren. Dabei scheut das Besatzerland Israel vor nichts zurück, bombardiert sogar UN-Einrichtungen in Gaza und führt damit im Grunde die ganze Welt an der Nase herum.

Ultima ratio

Ich persönlich bin Pazifist aus tiefster Überzeugung, habe aber dennoch für die Fortsetzung von Hamas' Widerstand Verständnis in der Hoffnung, dass dieser Widerstand zu einem Waffenstillstand führt, bei dem die Bedingungen der Hamas akzeptiert werden. Die Hamas handelt in meinen Augen nach der ultima ratio, nach einem Prinzip also, das der Westen als Rechtfertigung für seine in der Regel völkerrechtswidrigen Kriege ins Feld führt, das er jedoch im Bezug auf Israel nicht einmal in Erwägung zieht. Mahatma Gandhi hat seinen antikolonialistischen Kampf gegen die übermächtige Kolonialmacht England mit den Methoden des zivilen Ungehorsams gewonnen. Gandhis Weg wäre aus Sicht der Pazifisten ganz sicher der bessere Weg. Für die Palästinenser ist dieser Weg jedoch, so fürchte ich, möglicherweise schon zu spät. Hamas Bedingungen für einen Waffenstillstand sind auch Bedingungen, die alle Menschen, die Frieden wollen, sich wünschen würden. (PK)

Der gebürtige Iraner Mohssen Massarrat ist Professor i.R. für Politik und Wirtschaft im Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück. Quelle: Neue Rheinische Zeitung

Talon zum Mitbewegen

Name: _____ Vorname: _____
 Strasse: _____ Mail (fak.): _____
 PLZ: _____ Wohnort: _____

- Ich abonniere die UW (Abo-Preis: Mindestens Fr. 12.–/Jahr)
- Ich möchte Mitglied im Verein Schweizerische Friedensbewegung werden (jährl. Mitgliederbeitrag Fr. 20.– inkl. UW-Abo)
- Ich möchte ein Probeabonnement der UW
- Ich verteile die UW. Bitte stellen Sie mir gratis _____ Exemplare der aktuellen Ausgabe zu.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Zutreffendes ankreuzen, ausschneiden und einsenden an: Schweizerische Friedensbewegung, Postfach 2113, 4001 Basel, sfb@bluewin.ch

Jedes Ereignis ist eine Reaktion auf ein anderes Geblendet in Gaza

Das Problem mit dem Krieg sei, dass er zwei Seiten habe, meint der streitbare israelische Friedenskämpfer und ehemalige Knesset-Abgeordnete Uri Avnery. «Alles würde so viel leichter sein, wenn der Krieg nur eine Seite hätte. Natürlich die unsrige...»

Von Uri Avnery

Da bist du und heckst einen wunderbaren Plan für den nächsten Krieg aus, bereitest ihn vor, trainierst für ihn, bis alles perfekt ist.

Und dann beginnt der Krieg, und zu deiner grössten Überraschung scheint es auch eine andere Seite zu geben, die auch einen wunderbaren Plan hat, sich vorbereitet und trainiert hat.

Wenn sich die beiden Pläne treffen, geht alles falsch. Beide Pläne brechen zusammen. Du weisst nicht, was sich ereignet. Wie sollst du weitermachen? Du machst Dinge, die nicht geplant waren. Und wenn du genug davon hast, willst du hinaus und weisst nicht wie. Es ist um vieles schwieriger, einen Krieg zu beenden, als ihn anzufangen, besonders, wenn beide Seiten den Sieg erklären müssen.

Da sind wir jetzt.

Aktion und Reaktion

Wie hat er angefangen? Das hängt davon ab, wo man anfangen will.

Wie alles andere ist jedes Ereignis in Gaza eine Reaktion auf ein anderes Ereignis. Man tut etwas, weil die andere Seite etwas getan hat. Und die tut etwas, weil man etwas tat. Man kann dies entwirren bis zum Beginn der Geschichte oder wenigstens bis Simson, dem Held.

Man erinnere sich an Simson, der von den Philistern gefangen genommen, geblendet und nach Gaza gebracht wurde. Dort beging er Selbstmord, indem er den Tempel auf sich herunterriess, und rief: «Lasst meine Seele mit den Philistern sterben!» (Richter 16,30)

Wenn das zu lange zurück liegt, beginnen wir mit dem Anfang der gegenwärtigen Besatzung 1967.

(Davor gab es noch eine vergessene Besatzung. Als Israel den Gazastreifen und den ganzen Sinai im Laufe des 1956er-Suez-Krieges eroberte, erklärte David Ben Gurion die Gründung des «Dritten Israelischen Königreiches», um nur wenige Tage später mit gebrochener Stimme zu verkünden, dass er Präsident Dwight Eisenhower versprochen hatte, sich von der ganzen Sinai-Halbinsel zurückzuziehen. Einige israelische Parteien drängten ihn, wenigstens den Gazastreifen zu halten, aber er weigerte sich. Er wollte keine hundert Tausende Araber mehr in Israel haben.)

Gescheiterter Plan

Einer meiner Freunde erinnerte mich an einen meiner Artikel, den ich zwei Jahre nach dem Sechs-Tage-Krieg geschrieben hatte, in dem wir Gaza noch einmal besetzten. Ich hatte gerade he-

rausgefunden, dass zwei arabische Strassenbauer, einer von der Westbank und der andere vom Gazastreifen genau dieselbe Arbeit machten, aber verschiedene Löhne bekamen. Der Mann aus Gaza bekam weniger.

Als Mitglied der Knesset forschte ich nach. Ein hochrangiger Beamter erklärte mir, dass dies ein politischer Entschluss wäre. Der Zweck war, die Araber dahin zu bringen, den Gazastreifen zu verlassen und in der West-

glücklicher Jungs, die rauf und runter gingen wie die Engel auf der Leiter in Jakobs Traum in der Bibel. Wieder waren wir glücklich.

Das war die Zeit, als Yasser Arafat, Sohn einer Familie aus dem Gazastreifen, nach Palästina zurückkehrte und sein Hauptquartier in Gaza hatte. Ein wunderschöner neuer Flughafen wurde (mit deutschen Geldern) gebaut. Pläne für einen grossen neuen Seehafen wurden heringereicht.

(Ein grosser holländischer Hafenausbau betriebe wandte sich diskret an mich und bat mich, meine guten Beziehungen zu Arafat zu nützen, damit er ihnen den Job geben würde. Sie deuteten eine sehr grosse Gratifikation an. Ich weigerte mich höflich. Während all der Jahre, die ich Arafat kannte, bat ich ihn nie um eine Gunst. Ich denke, dass dies die Grundlage

sen. Ein US-amerikanischer Senator machte einen Höllenspektakel, als er herausfand, dass Nudeln als ein Sicherheitsrisiko angesehen und nicht hineingelassen wurden. Praktisch wurde auch nichts herausgelassen – was vom Standpunkt der «Sicherheit» und des Waffen-«Schmuggels» unbegreiflich ist, aber vom Standpunkt des Strangulierens des Gazastreifens klar ist.

Der Streifen ist, grob gesagt, 40km lang und 10km breit. Im Norden und im Osten grenzt er an Israel, im Westen grenzt er ans Meer, der von der israelischen Flotte kontrolliert wird. Im Süden grenzt er an Ägypten, das jetzt von einer brutalen anti-islamischen Diktatur beherrscht wird und mit Israel liiert ist. Wie der Slogan aussagt: Es ist «das grösste Freiluftgefängnis der Welt».

gen John Kerrys, werden die USA jetzt allgemein im ganzen Nahen Osten verachtet.

Israel kann Hamas nicht «zerstören», wie unsere halbfaschistischen Politiker (auch in der Regierung) laut fordern. Ausserdem wünschen sie das gar nicht wirklich. Wenn die Hamas «zerstört» ist, würde der Gazastreifen der palästinensischen Behörde (nämlich Fatah) übergeben werden. Das würde die Wiedervereinigung der Westbank mit Gaza bedeuten – nach all den lang andauernden und erfolgreichen israelischen Bemühungen, sie zu teilen. Das ist nicht gut.

Falls Hamas bleibt, kann Israel der «Terror-Organisation» nicht erlauben, zu gedeihen. Eine Entspannung der Blockade wird nur begrenzt möglich sein – wenn überhaupt. Die Bevölkerung wird Hamas sogar noch mehr schätzen und von Rache für die schreckliche Zerstörung träumen, die Israel während des letzten Krieges anrichtete. Der nächste Krieg wird schon um die nächste Ecke sein – wie fast alle Israelis sowieso denken.

Am Ende werden wir dort sein, wo wir anfangs waren.

Keine isolierte Lösungen

Es kann keine wirkliche Lösung für Gaza geben, ohne eine wirkliche Lösung für Palästina.

Die Blockade muss enden mit ernsthaften Sicherheitsbedenken auf beiden Seiten in Rechnung gezogen.

Der Gazastreifen und die Westbank (mit Ost-Jerusalem) müssen vereint werden.

Die vier «sicheren Durchfahrtswege» zwischen den beiden Gebieten – im Oslo-Abkommen versprochen – müssen endlich geöffnet werden.

Dann muss es längst fällige palästinensische Wahlen für die Präsidentschaft und das Parlament geben, mit einer neuen Regierung, die von allen palästinensischen Fraktionen und von der Weltgemeinschaft anerkannt wird, einschliesslich Israel und den USA.

Eine ernsthafte Friedensverhandlung, die sich auf die zwei-Staaten-Lösung gründet, muss beginnen und innerhalb einer vernünftigen Zeitspanne zum Ziel kommen.

Hamas muss offiziell das Friedensabkommen akzeptieren, das bei dieser Verhandlung erreicht wird.

Israels legitime Sicherheitsanliegen müssen berücksichtigt werden.

Der Gaza-Hafen muss geöffnet werden, um den Gazastreifen und den ganzen Staat Palästina in die Lage zu versetzen, Waren zu importieren und zu exportieren.

Es hat keinen Sinn, eines dieser Probleme getrennt zu «lösen». Sie müssen gemeinsam gelöst werden. Sie können auch gemeinsam gelöst werden.

Es sei denn, wir wollen von einer Runde zur nächsten gehen, ohne Hoffnung und Erlösung.

«Wir» – die Israelis und Palästinenser – die von diesem Krieg gemeinsam umschlungen sind.

Oder tun, was Simson tat: Selbstmord begehen.

(Übersetzung Ellen Rohlf. Untertitel UW)



Karikatur Latuff/latuffcartoons.wordpress.com

bank (oder sonst wo) zu siedeln, um die 400 000 im Gazastreifen lebenden Araber, meistens Flüchtlinge aus Israel, zu zerstreuen. Offensichtlich ging das nicht so gut – nun leben dort ungefähr 1.8 Millionen.

Im Februar 1969 warnte ich, «(dass wenn wir so weitermachen) wir vor einer schrecklichen Wahl stehen werden – an einer Welle von Terror leiden, die das ganze Land überzieht oder mit Aktionen von Rache und Unterdrückung zu reagieren, die so brutal sein werden, dass sie unsere Seelen korrumpieren und die ganze Welt dahin bringen, uns zu verurteilen.»

Ich erwähne dies nicht (nur), um mein eigenes Lob zu singen, sondern zu zeigen, dass jede vernünftige Person hätte voraussehen können, was heute geschieht.

Was wäre wenn...

Es brauchte für Gaza eine lange Zeit, um diesen Punkt zu erreichen.

Ich erinnere mich an einen Abend in Gaza Mitte der 90er-Jahre. Ich war zu einer palästinensischen Konferenz (über Gefangene) eingeladen worden, die mehrere Tage dauerte. Meine Gastgeber luden mich ein, mit Rachel in einem Hotel an der Küste zu übernachten. Gaza war damals ein netter Platz. Am späten Abend machten wir einen Spaziergang durch die Hauptstrasse. Wir hatten freundliche Gespräche mit Leuten, die uns als Israelis erkannten. Wir waren glücklich.

Ich erinnere mich auch an den Tag, als die israelische Armee sich aus dem grössten Teil des Streifens zurückzog. In der Nähe von Gaza-Stadt stand ein riesiger israelischer Wachturm, viele Stockwerke hoch, «so dass die israelischen Soldaten in jedes Fenster in Gaza schauen konnten». Als die Soldaten gingen, kletterte ich bis in die Spitze, vorbei an Hunderten

unserer ziemlich seltsamen Freundschaft war.)

Falls der Hafen gebaut worden wäre, wäre Gaza ein blühender Handelsplatz geworden. Der Lebensstandard wäre steil angestiegen, die Neigung der Leute für eine radikal islamische Partei wäre geringer geworden.

Warum geschah das nicht? Israel weigerte sich, den Hafenausbau zu genehmigen. Im Gegensatz zu einer klaren Verpflichtung im 1993er-Oslo-Abkommen, schnitt Israel alle Verbindungen zwischen dem Gazastreifen und der Westbank ab. Das Ziel war, jede Möglichkeit für den Aufbau eines lebensfähigen palästinensischen Staates zu verhindern.

Ministerpräsident Ariel Sharon evakuierte mehr als ein Dutzend Siedlungen entlang der Gazaküste. Einer der Slogans unserer rechten Flügel heisst: «Wir evakuierten den ganzen Gazastreifen, und was bekamen wir dafür? Qassam-Raketen!» Also können wir die Westbank nicht aufgeben.

Aber Sharon gab den Streifen nicht der Palästinensischen Behörde. Die Israelis sind von der Idee besessen, «einseitig» zu handeln. Die Armee zog sich aus dem Streifen zurück und hinterliess ein Chaos ohne eine Regierung – ohne ein Abkommen zwischen beiden Seiten.

Gaza strangulieren

Gaza versank im Elend. Bei den palästinensischen 2006-Wahlen unter der Aufsicht von Ex-Präsident Jimmy Carter gab die Bevölkerung von Gaza – wie die der Westbank – der Hamas eine relative Mehrheit. Die Bevölkerung applaudierte.

Die israelische Regierung reagierte, indem sie eine Blockade errichtete. Nur begrenzte Mengen von Waren, die von der Besatzungsbehörde genehmigt wurden, wurden durchgelas-

Beide Seiten behaupten jetzt, es sei ihr Ziel, dieser Situation ein Ende zu machen. Aber sie meinen zwei sehr verschiedene Dinge.

Die israelische Seite wünscht, dass die Blockade bleibt, aber in einer liberaleren Form. Nudeln und vieles andere soll in den Streifen hineingelassen werden, aber unter strenger Überwachung. Kein Flughafen. Kein Seehafen. Hamas muss an der Wiederbewaffnung gehindert werden.

Die palästinensische Seite wünscht, dass die Blockade ein für alle Mal verschwindet, auch offiziell. Sie wünschen ihren Hafen und den Flughafen. Sie verweigern nicht eine Überwachung entweder international oder durch die palästinensische Einheitsregierung unter Mahmoud Abbas.

Wie diesen Kreis in ein Quadrat verwandeln, besonders wenn der «Vermittler» der ägyptische Diktator ist, der praktisch als Agent Israels handelt? Es ist ein Kennzeichen der Situation, dass die USA als Vermittler verschwunden sind. Nach den sinnlosen Friedensvermittlungsbemühun-



Informieren Sie sich aus erster Hand über Errungenschaften und Visionen des revolutionären Kuba und seiner Bevölkerung.

4. SFB-Studienreise nach Cuba vom 21. Februar 2015 – 8. März 2015

Reichhaltiges Besichtigungs- und Begegnungsprogramm in West- und Zentralkuba zum laufenden Reformprozess. Baden im Atlantik und der Karibischen See. Schweizerische Reiseleitung durch UW-Redaktor Martin Schwander. Kubanische deutschsprachige Reiseleitung durch AMISTUR.

Kosten ca. Fr. 3000.-/DZ, alle Leistungen inklusive

Detailliertes Programm erhältlich über Tel. 034 422 16 32 oder info@comtex.li. Die Anzahl Teilnehmender ist auf 20 beschränkt. **Anmelde-schluss 31. Oktober 2014.**

Olivenöl aus Palästina

Solidarität nötiger denn je

Das unsagbare Elend, das Israel erneut seit Monaten über Palästina bringt, darf nicht zur endgültigen Demoralisierung und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung führen. Palästina hat ein Recht auf einen eigenen Staat und auf ein menschenwürdiges und friedliches Leben. Dem grossangelegten Landklau durch Israel und seinen selbstherrlichen Siedlern muss ein Ende gesetzt werden. Dazu braucht es Solidarität, Information, Widerstand gegen Gleichgültigkeit und Komplizentum, aber auch Boykott israelischer Produkte aus besetzten Gebieten und die Förderung der palästinensischen Wirtschaft.

Von Anna Bürgi und Hans Leuenberger

In diesem Sinne lanciert der Verein «Kampagne Olivenöl aus Palästina» bereits sein 14. Kampagnenjahr seit der 2. Intifada, auch Al-Aqsa Intifada genannt, die der damalige Oppositionspolitiker Ariel Sharon, durch seine gewohnten Provokationen bewusst herbeiführte. Der gegenwärtige, mit seltener Heftigkeit geführte Konflikt, zerstört nicht nur Gaza, sondern bedroht auch die Westbank mit seiner stark von der Landwirtschaft abhängigen Bevölkerung. Deshalb ruft der Verein dazu auf, durch den Kauf von Olivenöl, Za'tar und Solidaritätskarten, erneut die ungebrochene Solidarität mit der palästinensischen Bevölkerung zu beweisen.

Import noch gerade geschafft

Diesen Frühsommer bestellte die Kampagne, gemeinsam mit dem Bio- und Fair Trade Shop gebana ag, erneut über 13 000 Liter Olivenöl. Zum Glück konnte die lokale Partnerorganisation PARC (Palestinian Agricultural Relief Committees) in Ramallah die Verschiffung gerade noch vor den massiven Militäraktionen organisieren. Im Vorjahr verkauften die Freiwilligen des Vereins und die gebana fast alles importierte und vorrätige Olivenöl. In den Depots blieben nur noch wenige Kisten. Der Verkauf der schmackhaften orientalischen Gewürzmischung Za'tar dagegen brach um rund einen Viertel ein. Viel blieb an Lager.

Von der Gesamtbestellung sind 3 400 Halbliterflaschen, 2 400 Kanister à 3 Liter und 30 Kanister à 17.5 Liter direkt für die gebana bestimmt.

Wie gewohnt wird das soeben eingetroffene Oel und das hauptsächlich aus Wildem Thymian, Sesam, Kreuzkümmel und Sumaq gemischte Za'tar, von der Partnerorganisation, der geschützten Werkstätte BEWO in Oberburg, abgefüllt und an die Lager in der ganzen Schweiz verschickt.

Die 14. Kampagne bringt einige Erneuerungen mit sich. Erfreuliches und weniger Erfreuliches. Die Olivenernete im letzten Herbst fiel enttäuschend aus. Das Wetter und der anschliessende massive Befall von Olivenfliegen beeinträchtigte die Ernte in der ganzen Region erheblich. Sowohl die Quantität als auch die Qualität des Olivenöls konnte für einmal nicht auf dem hohen Niveau der letzten Jahre gehalten werden. Deshalb konnte «nur» Vergine Bio Olivenöl importiert werden. Allerdings sicherte die PARC die bestmögliche Qualität innerhalb dieser Kategorie zu. Die ½ Liter Flasche wird in diesem Jahr deshalb auch nur Fr. 19.– kosten.

Krieg gegen Palästina – und die Welt schläft

Der Krieg, der mit Zerstörungen ungeheuren Ausmasses erneut über Gaza hereinbrach, ist alles andere als zufällig. Er wurde auch nicht, wie immer wieder behauptet, durch die Hamas provoziert. Ohne hier auf den eigentlichen Ursprung des Konflikts,

- der Vertreibung und Enteignung von über 700 000 PalästinenserInnen und der Zerstörung von 513 palästinensische Dörfer durch die israelischen Armee von 1948 («Nakba» oder Katastrophe),

- sowie die im sogenannten Sechstagekrieg von 1967 erfolgte und geduldete illegale Besetzung Ostjerusalems, der Westbank, Gaza's und den Golanhöhen, mit wiederum mehr als 300 000 Vertriebenen,

zurückgehen zu können, zeichnete sich Israels zynische Strategie erneut im Vorfeld der aktuellen Militäroperationen ab.

entführt. Gemäss glaubwürdigen Berichten, wissen israelische Sicherheitskräfte gleich zu Beginn, dass die Entführten sofort ums Leben kamen und kennen die mutmasslichen Täter; trotzdem starten sie eine flächendeckende, wochenlange Militär- und Suchaktion in der Westbank. Zahlreiche PalästinenserInnen werden verletzt oder getötet, öffentliches und privates Hab und Gut wird zerstört, Hunderte werden willkürlich verhaftet, darunter alle 2006 gewählten Hamasvertreter und die kürzlich im Rahmen eines Austauschprogrammes freigekommenen Gefangenen und viele Jugendliche

- Nach einer weiteren extralegalen Hinrichtung eines Hamas-Militanten durch Israel in Gaza, schiessen palästinensische Kämpfer vorerst einige Raketen Richtung Israel

- Der Rest ist bekannt – eine Eskalation ohne Grenzen, mit einem erschreckenden Ungleichgewicht der Kräfte: gegen 2 000 tote PalästinenserInnen, zehntausende Verletzte, zusammengebombte Städte und Dörfer, null Respekt vor dem internationalen Völkerrecht auf der einen Seite, sowie über 60 gefallene Soldaten und 3 getötete Zivilisten auf israelischer Seite

- Israel, seine Verbündeten und die Mainstream Medien schieben – wie



Olivenbaum in der Westbank. Foto zvg.

Zynische Strategie

Schauen wir kurz auf die unmittelbaren Ereignisse vor dem Luft-, See- und Bodenkrieg gegen Gaza:

- Seit dem Wahlsieg der Hamas in Gaza 2006 und der Bestätigung der von der PLO dominierten Regierung in Ramallah, moniert Israel keinen repräsentativen Ansprechpartner zu haben

- Im November 2012 erhält Palästina den UNO Nichtmitgliedstaat-Status; Israel reagiert unmittelbar heftig mit einem weiteren Ausbau der völkerrechtlich illegalen Siedlungen

- Im April/Mai 2014 gibt es intensive Verhandlungen zwischen Hamas und Fatah zur Bildung der Nationalen Einheit – sehr zum Missfallen Israels

- Am «Nakba Tag», dem 15. Mai, erschossen israelische Soldaten vor dem Gefängnis und der Siedlung Ofar nahe Ramallah, zwei unbewaffnete palästinensische Jugendliche kaltblütig, wie Bilder aus einer privaten Ueberwachungskamera zeigen

- In der Westbank, Gaza und Ostjerusalem häufen sich Demonstrationen

- Anfangs Juni einigen sich Hamas und Fatah auf eine Einheitsregierung; Israels Regierung, unter Netanjahu, lehnt diese entschieden ab; eine Aussöhnung der palästinensischen Fraktionen soll offensichtlich um jeden Preis verhindert werden

- Mitte Juni werden drei jugendliche, religiöse Siedler in der Gegend Hebron, im Süden der Westbank,

ein Mantra – alle Verantwortung auf die Hamas und beklagen Israel und seine Bewohner in ihrer Opferrolle...

Einfache Lösung

In einem bemerkenswerten Artikel zeigt Matthias Jochheim von den International Physicians for the Prevention of Nuclear War folgende Grundlage einer möglichen Verständigung auf. Er zitiert dabei den israelischen Journalisten Gideon Levy von Ha'aretz:

Die Situation in Gaza wird mit einiger Berechtigung immer wieder mit einem Ghetto verglichen: 1,8 Millionen sind von der Aussenwelt abgeriegelt, für ein normales Leben notwendige Versorgungsgüter werden ihnen durch eine Blockade ganz unzureichend geliefert, der Seeweg ebenso wie jeder Flugverkehr ist abgeschnitten.

Der Aufstand in diesem Ghetto, gegen die uneingeschränkt überlegene Besatzungs- und Belagerungsmacht, erhebt folgende einfache Forderungen als faire Grundlage für eine Verständigung:

- Die israelische Armee soll aus dem Gaza-Streifen abziehen und
- Den palästinensischen Bauern erlauben, ihr Land bis an den Grenz zaun zu Israel zu nutzen.
- Die Palästinenser sollen wieder freigelassen werden, die erst im Austausch für den israelischen Soldaten Gilat Schalit freikamen und dann bald danach wieder inhaftiert wurden.

- Die Belagerung muss beendet und die Grenze wieder geöffnet werden; ebenso der Hafen und der internationale Flughafen unter UN-Kontrolle.

- Die Fischereizone muss erweitert, der Grenzübergang in Rafah international überwacht werden.

- Israel soll eine zehnjährige Waffenruhe zusagen und eine Schliessung des Luftraums über dem Gaza-Streifen für israelische Flugzeuge akzeptieren.

- Einwohner des Gaza-Streifens erhalten die Erlaubnis, nach Jerusalem zu reisen, um dort an der Al-Aksa-Moschee zu beten.

- Israel möge sich nicht in die palästinensische Innenpolitik einmischen, zumal mit Blick auf die Einheitsregierung von Hamas und Fatah.

- Und zu guter Letzt soll Gazas Industriezone eröffnet werden.

Die Kampagne bleibt dran

Gerade weil die Lage so verzweifelt ist, gerade weil die Medien und die veröffentlichte Meinung Israel laufend als Opfer und die PalästinenserInnen (Männer und Frauen, Alte und Kinder) als gefährliche Störenfriede oder gar als notorische Terroristen darstellen, gerade weil sich nur noch wenige für das Schicksal dieses Volkes ohne Land interessieren, geben die Freiwilligen und Unterstützer der Kampagne Olivenöl nicht auf. Auch dieses Jahr werden sie wieder dafür kämpfen, den gesamten Import von über 13 Tonnen Bio Vergine Olivenöl, das von Frauenkooperativen mit Liebe gepflanzte und gemischte Za'tar und die kunstvollen Solidaritätskarten des teilgelähmten Berufsfotografen Osama Silwadi aus Ramallah, zur Finanzierung von Gratisölverteilungen an die Ärmsten in Gaza an Leute zu bringen, die bereit sind, mit ihrem Kauf ein konkretes Zeichen der Solidarität mit Palästina zu setzen.

Alle Produkte sind unter «Fair Trade» Bedingungen produziert, werden in der Schweiz von der BEWO abgepackt und bis zur Auslieferung unentgeltlich gelagert. Und schliesslich darf mit nicht geringem Stolz darauf hingewiesen werden, dass ein Drittel des Ertrages des nicht gewinnorientierten Vereins, oder um die 100 bis 200 000 Franken jährlich, an medizinische, soziale und umweltschonende Projekte in Palästina flossen., die meist besonders Frauen und Kindern zu Gute kommen. Die gegenwärtig unterstützten Projekte sind:

- Rund ums Olivenöl (Verteilung durch die PARC von Olivenöl an besonders arme Familien in Flüchtlingslagern in Gaza),

Aufruf zur Solidarität

Um der Bevölkerung in Palästina auch weiterhin wirksam zur Seite zu stehen, würde es uns freuen, wenn Sie uns für den Kauf des Olivenöls, des Za'tars und der Sympathiekarten, für Spenden zur Projektförderung oder für eine Zusammenarbeit zum Weiterverkauf dieser Produkte und der Verbreitung des Informationsmaterials unter den folgenden Adressen kontaktieren würden.

- Verein Kampagne Olivenöl, Geschäftsstelle, Postfach 8164, 8036 Zürich, Tel. 032 513 75 17
- kampagne@olivenoel-palaestina.ch
- www.olivenoel-palaestina.ch (für weitere Infos, z.B. Verkaufsstellen in Ihrer Region)
- PC: 87-57191-7

Der kürzliche Jahresabschluss und der stetige Rückgang der erwirtschafteten Rückstellungen für laufende und kommende Projektanträge zeigen mehr als deutlich, dass wir nicht nur auf möglichst umfangreiche Verkäufe, sondern auch auf zusätzliche, grosszügige Spenden in der Schweiz angewiesen sind.

- CometMe für Wasserversorgung und Solarenergie in Süd Hebron,
- Kindergärten in palästinensischen Flüchtlingslagern im Libanon der PalCH,
- Ausbildung von Dorf-Gesundheitspflegerinnen der Palestinian Medical Relief Society (PMRS) in Ramallah
- PMRS Jugend Sommercamp in Gaza 2013
- Nothilfe an die PMRS Helfer in Gaza2014
- Arab Agronomist Association (AAA) im ökologischen Landwirtschaftsbereich

Tatkräftige konkrete Unterstützung der Kleinbauern und ihrer Familien, sowie nachhaltige und partnerschaftlich begleitete Projektarbeit vor Ort, soll das israelische Ziel – die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus ihrem Land – durchkreuzen und eine friedliche, aber gerechte Koexistenz aller Menschen in diesem «unheiligen» Land anstreben... und sollte es noch Jahrzehnte dauern!

Anna Bürgi und Hans Leuenberger bilden die Ko-Geschäftsleitung der Kampagne Olivenöl aus Palästina

SPS-Parteitag

Keine Israel-Drohnen

Die SP Schweiz hat am Parteitag vom 28. Juni 2014 einer Resolution «Nein zum Kauf von Militärmaterial aus Ländern, die das Völkerrecht verletzen – Nein zum Kauf von Elbit Systems-Drohnen für die Schweizer Armee» zugestimmt.

Darin heisst es: Am 5. Juni 2014 hat das VBS angekündigt, vermutlich im Rahmen des Rüstungsprogramms 2015 für ungefähr 250 Millionen Franken den Kauf von Drohnen zu beantragen, die in Israel von Elbit Systems hergestellt werden. Dieser Entscheid widerspricht den friedenspolitischen Bemühungen und dem Einsatz der Schweiz zur Respektierung des Völkerrechts und humanitären Völkerrechts im Nahen Osten. Elbit Systems stellt nicht nur Drohnen her, sondern liefert auch die Ausrüstung zur Überwachung und elektronischen Kontrolle der Trennungs- und Annexionsmauer, deren Verlauf auf palästinensischem Gebiet vom internationalen Gerichtshof und der UNO für illegal erklärt wurde. Wegen der direkten Verwicklung von Elbit Systems in den Bau der Mauer

und um nicht zur Verletzung der 4. Genfer Konvention beizutragen, hat die norwegische Regierung beschlossen, die Investitionen des staatlichen Pensionsfonds Norwegens aus dieser Firma zurückzuziehen. Mit ähnlicher Begründung hat einer der wichtigsten dänischen Pensionsfonds, der von der dänischen Danske Bank verwaltet wird, den gleichen Entscheid getroffen.

Als Depositarstaat der Genfer Konventionen muss die Schweiz eine klare Haltung gegenüber allen Ländern einnehmen, die gegen diese Konventionen verstossen. Deshalb ist es unerlässlich, dass sich die Schweiz den von Norwegen und Dänemark initiierten internationalen Bemühungen im Fall von Elbit Systems anschliesst, um das humanitäre Völkerrecht und die 4. Genfer Konvention einzuhalten.





World Peace Council
**GLOBAL DAY
 OF ACTION
 AGAINST NATO**

Wie wir bereits in der letzten UW berichtet haben, rief der Weltfriedensrat für den 30. August zu einem weltweiten Aktionstag gegen den NATO-Gipfel von Wales auf. Vom 31. August bis 5. September gibt es in Wales internationalen Protest und Widerstand, mit einem Gegengipfel, mit einer Grossdemonstration, einem Camp und Aktionen zivilen Ungehorsams.

NATO 2014: Ein Kriegsbündnis vor seinem Gipfeltreffen NATO-Aufrüstungsgipfel

Am 4./5. September 2014 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der NATO bei Newport in Wales zum NATO-Gipfel. Wie der deutsche Friedensforscher Tobias Pflüger von der Informationsstelle Militarisierung in Tübingen nachstehend belegt, befindet sich die NATO gegenwärtig auf Aufrüstungs- und Kriegskurs.

Von Tobias Pflüger

Der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen hat die neue Linie der NATO am 14. Juni 2014 gegenüber der spanischen Zeitung «El País» auf den Punkt gebracht: Es sei «deutlich, dass Russland uns als seinen Feind ansieht.» Diese Feindwahrnehmung untermauert die NATO derzeit auf allen Ebenen. Der Ukraine-Konflikt ist dazu willkommener Anlass. Es werden verstärkt Manöver an den Grenzen zu Russland abgehalten. Gleichzeitig ruft der NATO-Generalsekretär dazu auf, die Militärausgaben zu erhöhen. Die NATO befindet sich auf Aufrüstungs- und Kriegskurs. Rasmussen meinte, die NATO-Minister seien sich einig, «dass es mehr Patrouillen auf See und in der Luft geben müsse sowie mehr Manöver und Ausbildung». Und all dies «von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer und zum Mittelmeer». Die schnelle Eingreiftruppe «Nato Response Force» (NRF) solle «rascher einsetzbar sein», die Aufklärung müsse «verbessert werden und Militärmaterial sowie Versorgungsgüter» müssten «für den Fall des Falles bereitgehalten werden». Dazu gehöre «auch das Vorbereiten möglicher Stützpunkte.» So heisst es in einem Bericht über das Brüsseler Vorbereitungstreffen der NATO-Militärminister in Vorbereitung auf den NATO-Gipfel im September.

Mehr Manöver – mehr Kriegssübungen

Die Regierungen der östlichen NATO-Staaten, allen voran die der baltischen Staaten, fordern eine langfristige Stationierung von NATO-Truppen an den Grenzen zu Russland. Die deutsche Ministerin Ursula von der Leyen ist da nicht abgeneigt. Sie forderte schon im März: «Jetzt ist für die Bündnispartner an den Aussengrenzen wichtig, dass die Nato Präsenz zeigt.» Kurze Zeit später wurde die Stationierung von sechs Eurofightern der Bundeswehr zugesagt. Ab September werden sie aus Lagerlechfeld kommend in den baltischen Staaten «Patrouille fliegen». Der viermonatige Einsatz sei eine «Antwort der Nato auf die Krise in der Ukraine und die Verstärkung der russischen Truppen in der Grenzregion.» Da nach Angaben der NATO derzeit keine «permanente Stationierung von Nato-Kräften in Osteuropa beabsichtigt ist», soll es «längere und grössere Manöver und regelmässig multinationale Trainingsmassnahmen mit rotierender Beteiligung im Osten geben. Ausserdem soll

die Aufklärung durch Flugzeuge und Schiffe verbessert werden.»

Mitte Mai 2014 berichtete darüber hinaus der Spiegel über ein internes NATO-Papier, in dem Russland mehr oder minder offen als Gegner beschrieben wird: «Russlands Fähigkeit und Absicht, ohne grosse Vorwarnung bedeutsame Militäraktionen zu unternehmen, stellt eine weitreichende Bedrohung für den Erhalt von Sicherheit und Stabilität in der Euro-Atlantischen Zone dar», heisst es demnach in einem Entwurf des Nato-Verteidigungsplanungs-Ausschusses. «Russland ist fähig, kurzfristig und an beliebigem Ort eine militärische Bedrohung von lokaler oder regionaler Grösse aufzubauen», so der vorläufige Bericht weiter.»

Die USA haben Anfang Juni 2014 bereits eine «European Reassurance Initiative» im Gesamtumfang von bis zu 1. Mrd. Dollar ins Leben gerufen, um «Alliierte und Partner der NATO» zu unterstützen. Zu den hier von finanzierten Massnahmen sollen gehören: Verstärktes Training und grössere Präsenz vor allem in Osteuropa; Entsendung von «US-Planern» nach Osteuropa; Ausbau vorwärtsstationierten Materials in Osteuropa zur Verkürzung von Reaktionszeiten; höhere Beteiligung der US Navy im NATO-Rahmen; und der Ausbau der Kapazitäten von «Partnern», damit sie besser im Einklang mit der NATO operieren können.

Wie das konkret aussehen kann, hat die NATO Anfang Juli 2014 mit ihrem Manöver «Brise 2014» im Schwarzen Meer gezeigt. An dem Seemanöver waren Kriegsschiffe aus der Türkei, den USA, Grossbritannien, Italien, Griechenland, Bulgarien und Rumänien beteiligt. Die NATO gibt offen zu, dass das lange geplante Manöver «im Lichte der aktuellen Ereignisse umso bedeutsamer geworden» sei. Dem Neuen Deutschland wurde auf Nachfrage darüber hinaus bestätigt, dass sich auch die Bundeswehr an dem NATO-Manöver «Rapid Trident» beteiligen wird, das vom 11. bis zum 28. September 2014 im Westen der Ukraine stattfinden soll. Teilnehmen werden nach Auskunft 16 Länder mit zusammen 1300 Soldaten. Doch es bleibt nicht bei NATO-Manövern.

Ausstattung der Ukraine – Aufrüstung der NATO

Die Ukraine wird von den NATO- und EU-Staaten mit «Militärtechnik» und Waffen ausgestattet. Dazu war vom damaligen Aussenminister Andrej Deschtschiza im März eine Bedarfs-

liste vorgelegt worden. Doch es sollen vor allem die NATO-Mitgliedsstaaten aufrüsten. Zum kommenden NATO-Gipfel, der am 4. und 5. September 2014 in Newport in Wales stattfindet, kündigte der NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen an, dass bei diesem Treffen die Erhöhung der Militärausgaben in allen NATO-Staaten «ein wichtiger [Tagesordnungs-] Punkt» sein würde. Rasmussen wörtlich: «Ich erwarte, dass beim Gipfel Entscheidungen getroffen werden, dass es Selbstverpflichtungen beim Gipfel geben wird.»

Im bereits erwähnten und im Spiegel zitierten Papier des Nato-Verteidigungsplanungs-Ausschusses wird beklagt, das Bündnis hätte den falschen Schluss gezogen, «dass jene Fähigkeiten reduziert werden könnten, die dazu benötigt werden, in konventionellen, grossangelegten, hochintensiven Konflikten in Europa zu kämp-

hätten – so der NATO-Generalsekretär – bereits politische Entscheidungen getroffen, um das Ziel von zwei Prozent zu erreichen. «Alle Mitglieder müssen ihre Prämien zahlen. Und die Prämien sind gerade gestiegen.» Doch für was soll das neue Geld ausgegeben werden?

Ausbau der schnellen Eingreiftruppe der NATO-Armee

Unter anderem soll – das sagt der militärische Oberbefehlshaber der NATO, der US-General Philip Breedlove – «die Reaktionsfähigkeit und die Bereitschaft der Nato-Truppen» erhöht werden. «Es kann sein, dass wir von einer Reaktionsfähigkeit von Tagen anstatt von Wochen oder Monaten reden müssen». Eine Stationierung im Osten der NATO wird angedacht, um – so wörtlich – «im Ernstfall schnell genug antworten können.» Weiter: «Wir müssen überlegen, ob wir Kräfte im Osten haben wollen». Zentral ist aber der Ausbau der schnellen Eingreiftruppe der NATO (Nato Response Force) von derzeit rund 25.000 Mann, die als Stand-By-Truppe jahresweise rotierend aus verschiedenen Nato-Ländern zusammengesetzt ist. Breedlove: «Wir brauchen eine Eingreiftruppe, die sehr reaktionsfähig ist. Vielleicht muss nicht die gesamte Eingreiftruppe darüber verfügen, aber einige Teile sollten eine sehr hohe Bereitschaft und Reaktionsfähigkeit haben.»

Offen: NATO-Beitritt der Ukraine und Georgiens

2008 hatte die NATO noch einen Beitritt Georgiens und der Ukraine versprochen. Zumindest für die Ukraine ist das in weiterer Ferne. Hier wird nun mit dem EU-Assoziationsabkommen der Weg der Annäherung – nicht der Mitgliedschaft (!) – an die EU gegangen. Wobei dieses Abkommen ausdrücklich auch eine militärische Zusammenarbeit vorsieht. Mit dem «Membership Action Plan»

Länder der Region wird augenscheinlich ernsthaft erwogen. So fasste der Spiegel Anfang April den Kerngehalt eines weiteren vertraulichen NATO-Dokuments folgendermassen zusammen: «Die Nato öffnet sich noch stärker gen Osteuropa. Ein vertrauliches Papier sieht Armeeeübungen mit Staaten wie Moldau oder Armenien vor. Am Ende könnte sogar der Beitritt zu dem Verteidigungsbündnis stehen – ein klares Signal an Moskau.»

Probleme: Afghanistan – das Debakel der NATO

Offiziell soll der NATO-Einsatz ISAF in Afghanistan 2014 – also in diesem Jahr – beendet werden. Die zwischendurch mal weit über 100.000 Soldaten sollen offiziell abgezogen werden. Nach 13 Jahren Krieg, so die NATO, sei alles besser in Afghanistan. Neben ungezählten afghanischen Zivilisten – darunter die Opfer von Kunduz – sind in Afghanistan 3500 Nato-Soldaten – darunter 54 Bundeswehrsoldaten – ums Leben gekommen. Zehntausende der Soldaten sind traumatisiert. 900 Milliarden Dollar hat der Afghanistan-Einsatz gekostet, der wohl kostspieligste «asymmetrische Krieg der Neuzeit». Interessant: Selbst ein Bundesminister – der Entwicklungshilfeminister Gerd Müller – beklagt das krasse «Missverhältnis zwischen militärischen Ausgaben und Aufwendungen für einen zivilen Wiederaufbau». Die Sicherheitslage in Afghanistan ist desolat. Dazu kommt, der Ausgang der Präsidentschaftswahlen ist unklar. Es gibt offen Streit, wer gewonnen hat. Die NATO und die Bundeswehr werden Soldaten in Afghanistan lassen – beendet ist das Debakel nicht.

Bundeswehr als führende NATO-Armee

Deutschland war (und ist) als drittgrösster Truppensteller massgeblich am Afghanistankrieg beteiligt. Mehr noch: In diesem Krieg ist die Bundeswehr «erwachsen» geworden, sie hat sich als kriegsführungsfähig und -willig erwiesen und somit für weitere Aufgaben empfohlen, wie Martin Zapfe von der «Eidgenössischen Hochschule Zürich» konstatiert: «Seit dem Ende der territorialen Bedrohung der Bundesrepublik und der Bündnisgebiete richtete sich die Bundeswehr Schritt für Schritt auf Auslandseinsätze aus. In den 1990er-Jahren waren dies primär die Operationen auf dem Balkan, gipfelnd im Luftkrieg um den Kosovo, an dem Bundeswehrflugzeuge massgeblich beteiligt waren. Nach 2001 standen die Operationen in Afghanistan im Mittelpunkt. Die ISAF-Mission am Hindukusch stellt nicht nur den längsten Einsatz der Bundeswehr dar; sie sah auch die intensivsten Gefechte deutscher Streitkräfte seit dem Zweiten Weltkrieg. Kurz gefasst: In Afghanistan hat die Bundeswehr das Kämpfen gelernt.»

Die Bundeswehr spielt ganz generell innerhalb der NATO eine führende Rolle: US-General Philip Breedlove äusserte sich lobend über Deutschland. Die Bundeswehr habe sich «grossartig» an den Nato-Operationen im Kosovo und in Afghanistan beteiligt. Breedlove: «Dafür gebührt Deutschland unser Dank.» Die Bundeswehr verfüge über ausgesprochen fähige Landtruppen: «Sie werden auch in Zukunft einen sehr wichtigen Teil der Nato-Bodentruppen bilden.» Ob deutsche Truppen künftig auch in Osteuropa zum Einsatz gelangen, liess der General offen.

Tobias Pflüger ist Mitbegründer der Tübinger Informationsstelle Militarisierung (IMI) und Vize-Vorsitzender der deutschen «Die Linke». Quelle: IMI-Ausdrucke 4/August 2004



NATO-Gipfeltreffen auch 2012 umstritten: Protestkundgebung gegen die Top-Aufrüster vom 20. Mai 2012 in Chicago. Foto Blagaroon.blogspot.ch

fen». In einigen Fällen seien «ganze Fähigkeitsbereiche aufgegeben oder umfangreich reduziert worden». Einer Rückkehr zum Rüstungswettlauf des Kalten Krieges scheinen auch deutsche Politiker nicht abgeneigt zu sein. So beklagt etwa Rainer Arnold, der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, ganz im Sinne der NATO: «Wir müssen darüber nachdenken, ob das unkontrollierte Absenken der Panzerflotte innerhalb der Nato richtig war.»

Interessant dabei: Die Mitgliedsstaaten sollen zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts für Militär und Rüstung ausgeben – Deutschland liegt bei 1,3 Prozent. Polen, Lettland, Litauen und Rumänien

werden neue Mitglieder auf den Beitritt zur NATO vorbereitet. Georgien ist da eifrig dabei. Und nun soll eine enge Kooperation Georgiens mit der NATO vereinbart werden. Es geht um ein ganzes Massnahmenpaket. Der stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsausschusses Karl A. Lamers von der CDU berichtet von einer Verbesserung der «Interoperabilität der georgischen Streitkräfte mit der NATO», einem Ausbau des NATO-Verbindungsbüros in Tiflis und einem gesonderten Gremium zwischen Georgien und der NATO. Auch soll Georgien mit neuen NATO-kompatiblen Waffen ausgerüstet werden.

Auch die Heranführung, möglicherweise sogar die Aufnahme weiterer

Offener Brief an US-Präsident Obama

Schluss mit der Propaganda!

Ehemalige hochrangige US-Geheimdienstmitarbeiter bezweifeln in einem offenen Brief an US-Präsident Barack Obama die Stichhaltigkeit angeblicher Beweise, die für eine Schuld Russlands am Absturz der Maschine des Malaysia-Airlines-Flugs 17 sprechen sollen. Die Verfasser des Briefes vom 29. Juli 2014 sind in der US-Organisation «Ehemalige Geheimdienstler für Vernunft» (Veteran Intelligence Professionals for Sanity, VIPS) zusammengeschlossen. Unter den Unterzeichnern befindet sich auch der ehemalige Technische Direktor der NSA, der lange vor Snowden zum «Wistleblower» geläuterte William Binney, der jüngst vor dem NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestags in Berlin ausgesagt hat.

Von Rainer Rupp

Die Lügen und Fehlinformationen der politischen Führung hatten und haben stets einen verheerenden Einfluss auf die Moral all jener US-Geheimdienstmitarbeiter, die ihre intellektuelle Redlichkeit nicht bei Dienstantritt an der Garderobe abgegeben haben. Während meiner Zeit in der Politischen Abteilung im NATO-Hauptquartier in Brüssel (1977–1993) hatte ich engen Kontakt zu Analysten der CIA und der DIA. In dieser Zeit lernte ich drei Personen kennen, die zutiefst enttäuscht ihre jeweiligen Dienste verlassen haben. Sie alle waren entsetzt über die Art, wie die politische Führung mit ihren unter vielen Mühen und mit Sorgfalt erarbeiteten Analysen umging. Entweder wurden sie komplett ignoriert und wanderten ins Archiv, oder aber ihre Vorgesetzten verkehrten den Inhalt ins Gegenteil in der Absicht, der US-Regierung z.B. gegenüber dem Kongress oder verbündeten Regierungen argumentative Munition für die beabsichtigte Politik zu liefern.

Vor diesem Hintergrund sollte der nachfolgende offene Brief (Memorandum) der ehemaligen US-Geheimdienstler an Präsident Obama gelesen werden. In der Zusammenfassung heisst es: «Die wegen der Ukraine entstandenen amerikanisch-russischen Spannungen sind dabei, sich in einer gefährlichen Weise weiter zu verschärfen. Wir sind nicht sicher, ob Ihre Berater in vollem Umfang die Gefahr der Eskalation erkennen. Die New York Times und andere Medien präsentieren sensible, noch vollkommen offene Fragen als unumstössliche Tatsachen, weil diese aus US-Regierungsquellen kamen.»

Aus dem Brief: «Zwölf Tage nach dem Abschuss von Malaysian-Airlines-Flug 17 (am 17. Juli) hat Ihre Regierung immer noch keine einheitliche Einschätzung vorgelegt, die die geheimdienstlichen Erkenntnisse und Beweise zusammenfasst und auf deren Basis die Schuldfrage geklärt werden könnte. Noch viel weniger haben sie getan, um überzeugend die ständig wiederholten Behauptungen zu untermauern, dass das Flugzeug von ukrainischen Separatisten mit einer von Russland gelieferten Rakete abgeschossen wurde.»

«Ihre Regierung hat keine Satellitenbilder vorgelegt, die zeigen, dass die Separatisten über solche Waffen verfügen, und es gibt einige «andere Hunde, die nicht gebellt haben» (womit die Machthaber in Kiew gemeint sind, R.R.). Washingtons Glaubwürdigkeit, und Ihre eigene, werden weiter erodieren, falls Sie nicht bereit sind – oder es nicht können – mit konkreten Beweisen die Behauptungen Ihrer Regierung zu belegen. Dies werden wir im Folgenden aus der Perspektive ehemaliger Geheimdienstprofis mit einer Gesamtsumme von 260 Jahren Berufserfahrung in verschiedenen Branchen der US-Geheimdienste untersuchen (...) Zugleich wollen wir Ihnen mit diesem Memorandum eine andere Perspektive bieten.»

Im Anschluss weisen die Autoren darauf hin, dass sie als ehemalige Geheimdienstoffiziere und Analysten gewohnt sind, ohne schlüssige Informationen keine Urteile zu fällen. Die

Vorwürfe gegen Russland müssten «auf soliden und weitaus überzeugenderen Beweise als den vorliegenden beruhen, besonders wenn wie im Fall des Absturzes eines Verkehrsflugzeuges die Emotionen hochkochen. (...) Ausserdem bringt uns die unprofessionelle Verwendung von einseitigen Geheimdienstinformationen in Verlegenheit.» Zugleich zeigen sich die Autoren sehr beunruhigt über die «amateurhafte Art und Weise, in der die Regierung verschwommene und fadenscheinige Beweise der Öffentlichkeit serviert».

«Als Amerikaner finden wir nur in der Hoffnung Trost, dass Sie tatsächlich schlüssigere Belege haben und diese ohne weitere Verzögerung öffentlich machen, zumal US-Aussenminister John Kerry besonders unmissverständlich erklärt hat, dass Russland direkt oder indirekt schuldig ist. Die Beweislage aber sieht anders aus. Kerrys Aussagen sind verfrüht und zielen darauf ab, bei der Öffentlichkeit eine Vorverurteilung Russlands zu erreichen.»

Immer wieder: Sündenbock Russland

Eine «unheimliche Ähnlichkeit» erkennen die Verfasser zwischen der Instrumentalisierung der MH-17-Tragödie und dem Verhalten der Reagan-Regierung nach dem Abschuss der Maschine des Korean-Airlines-Fluges 007 über Sibirien am 1. September 1983. Um die Parallelen deutlich zu machen, skizzieren sie, die damals als junge Geheimdienstoffiziere im «aktiven Dienst» waren, kurz die tragischen Ereignisse von 1983 und bestätigen dabei die Berichte des Verfassers dieser Zeilen, der damals den Abschuss der KAL007 und dessen Folgen als Vorsitzender der «Gruppe zur Aktualisierung der Nachrichtendienstlichen Erkenntnisse (CIG)» im Lagezentrum der NATO in Brüssel miterlebt hatte und die streng geheimen Berichte des DIA zu diesem Vorfall in den folgenden Wochen und Monaten mitlesen und auch abfotografieren konnte.

«Bereits wenige Stunden nach dem tragischen Abschuss von KAL007 am 30. August 1983 setzte die Reagan-Regierung ihre hocheffiziente Propagandamaschine ein, um die wenigen verfügbaren Erkenntnisse so zu verdrehen, dass in der Öffentlichkeit an der sowjetischen Schuld am Tod von 269 Menschen an Bord kein Zweifel mehr bestand», heisst es in dem Brief. Das Flugzeug sei abgeschossen worden, nachdem es bei Nacht Hunderte von Meilen vom Kurs abgekommen und tief in Russlands Luftraum eingedrungen war – in der Gegend von strategisch sensiblen, militärischen Einrichtungen in Kamtschatka und auf der Sachalin-Halbinsel. Nach Anweisungen der Bodenkontrolle hatte der Pilot eines Abfangjägers die KAL-Verkehrsmaschine mehrfach umkreist und mit den Flügeln gewackelt, eine international bekannte Aufforderung zum Landen. Aber die KAL-Piloten reagierten auch auf wiederholte Warnungen (z.B. Leuchtspurgeschosse vor den Bug) nicht. Inmitten der Verwirrung über die Identität des Flugzeugs – ein US-Spionageflugzeug vom Typ RC-135 hatte zuvor den Kurs von KAL007 gekreuzt – befahl

die sowjetische Bodenkontrolle dem Piloten das Flugzeug abzuschiessen.

Den Sowjets sei «schnell klar» gewesen, dass sie einen schrecklichen Fehler gemacht hatten. Das hätten damals «die US-Geheimdienste aus abgefangenen Funksprüchen gewusst. Aus denen sei ganz klar hervorgegangen, «dass die Tragödie das Resultat eines Fehlers und kein vorsätzlicher Mord war, ähnlich wie am 3. Juli 1988, als das US-Kriegsschiff Vincennes ein iranisches Zivilflugzeug über dem Persischen Golf abgeschossen und 290 Menschen getötet hatte, eine Handlung, die Präsident Ronald Reagan damals abschätzig als «verständlichen Unfall» darstellte».

Aber die Reagan-Regierung unterdrückte alle entlastenden Beweise aus der US-Funkaufklärung, um Moskau so schlecht wie nur möglich aussehen zu lassen. «Moskau hat vorsätzlich ein ziviles Passagierflugzeug abgeschossen», wurde in Washington zum Mantra. Newsweek titelte damals «Mord am Himmel». Nach dem MH17 Absturz gab es Schlagzeilen wie «Putins gefährliches Spiel» z.B. auf der Titelseite des Time Magazin. Damals wie heute nahm die Propagandakampagne immer hysterischere Züge an. Und damals wie heute habe es nur «sehr wenig Unterschied zwischen der US-Regierungspropaganda und den von kommerziellen Medien verbreiteten Nachrichten» gegeben.

Zurechtgebogene Erkenntnisse

Um der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermitteln, «dass die Sowjetunion kaltblütig einen barbarischen Akt» begangen hat, ging die damalige US-Regierung sogar so weit, «am 6. September 1983 dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine manipulierte Abschrift des Funkverkehrs zwischen dem sowjetischen Piloten und der Bodenkontrolle zu präsentieren». Ein Jahrzehn später, als die komplette Abschrift an die Öffentlichkeit gelangte, sei klar geworden, «dass viele der zentralen Elemente der US-Darstellung falsch waren», und dass die sowjetische Seite damals überzeugt war ein US-Spionageflugzeug abzuschiessen, stellen die Schreiber des Memorandums fest und verweisen auf die Parallelen zum Absturz von MH17 und Aussenminister Kerrys «höchst unziemliche Eile bei der Schuldzuweisung».

«Was den Flug MH17 betrifft, so halten die von Ihrer Regierung veröffentlichten Beweise einer genauen Prüfung nicht stand. Und sie erlauben schon gar nicht, ein Urteil zu fällen. Auf Grund unseres Berufslebens neigen wir fast instinktiv dazu, die Russen zu verdächtigen. Unsere jüngsten Erfahrungen aber, insbesondere die Art und Weise in der Aussenminister Kerry sich vollkommen uneinsichtig an einen falschen Bericht nach dem anderen als «Beweis» geklammert hat, hat uns dazu gebracht, unsere bisherige Neigung (nämlich instinktiv den Russen die Schuld zu geben) gehörig zu revidieren.»

«Wann immer Kerry vermeintliche «Beweise» vorgelegt hat, die unabhängig überprüft werden konnten – wie z.B. die gefälschten antisemitischen Flugblätter im Osten der Ukraine oder die Fotos der Soldaten von angeblichen russischen Spezialeinheiten in der Ukraine – haben sich diese «Beweise» als Luftnummern entpuppt. Doch das waren kleine Kavalierelektre im Vergleich zu der faustdicken Lüge, die Kerry nicht weniger als 35mal am Tag des 30. August 2013 wiederholt hat, nämlich: «Wir wissen, dass die Regierung von Bashar Al-Assad in Syrien für den Chemiewaffeneinsatz vor neun Tage in der

Nähe von Damaskus verantwortlich war.» Dafür zog sich Kerry sogar die persönliche Kritik von Präsident Putin zu, als der sagte: «Er lügt, und er weiss, dass er lügt. Es ist traurig.»

«Hinsichtlich des MH17 Abschlusses vom 17. Juli glauben wir, dass Kerry in der für ihn typischen Art ein vorschnelles Urteil abgegeben hat und dass seine ungläubliche Unglaubwürdigkeit einen grossen Nachteil in den diplomatischen Initiativen und Propagandamanövern der USA gegenüber Russland darstellt. Wir empfehlen Ihnen daher, sofort die fehlgeleitete diplomatische Offensive Kerrys (gegen Russland) einzustellen (...) oder wenigstens einen weniger angeschlagenen Staatsmann für den Posten zu finden.»

Konfliktursachen beseitigen

«Wenn die Beweislage über den Abschuss von MH17 tatsächlich so schwach ist, wie es scheint, (...) dann empfehlen wir Ihnen dringend, den Propagandakrieg einzustellen und die Ergebnisse der Untersuchung abzuwarten. Wenn aber andererseits Ihre Regierung konkrete Beweise hat, dann schlagen wir ebenso dringend vor, diese unverzüglich zu veröffentlichen, selbst auf das Risiko hin, dass dadurch die Gegenseite Erkenntnisse über unsere Quellen und Methoden gewinnen könnte.»

Aus Sicht der Briefautoren erweist sich Aussenminister Kerry für Obama «eher als belastend denn als gewinnbringend». Gleiches gelte für den «Director of National Intelligence» James Clapper (oberster Chef aller 16 US-Geheimdienste). Der hatte bei einer Befragung zur NSA-Affäre vor dem Kongress am 12. März 2013 unter Eid gelogen. Später musste er zugeben, dass seine Aussage «eindeutig falsch» war. Daher empfehlen die Profis, dass Clapper von allem, was Flug MH17 betrifft, «so weit wie möglich ferngehalten werden» sollte.

Wenn die Obama-Regierung tatsächlich Beweise habe, dann sollten diese im Rahmen der bewährten Methode einer «Interagency Intelligence Assessment», einer gemeinsamen Einschätzung aller mit Flug MH17 beschäftigten US-Geheimdienste, präsentiert werden. «Allerdings hören wir indirekt von einigen unserer ehemaligen Kollegen, dass die Version vom Absturz von MH17, mit der Minister Kerry hausieren geht, sich überhaupt nicht mit den wirklichen Erkenntnissen der Geheimdienste deckt. Gleiches war der Fall Ende August letzten Jahres, als Kerry ein neues, einzigartiges Instrument erfand, nämlich eine «Regierungseinschätzung» – im Gegensatz zur gemeinsamen Einschätzung der Geheimdienste. Damit konnte er dann ohne jegliche überprüfbaren Beweise den syrischen Präsidenten Bashar Al-Assad für die Chemiewaffenangriffe in der Nähe von Damaskus verantwortlich machen. Alle ehrlichen Geheimdienstanalysten haben sich geweigert, dabei mitzumachen, und sie hielten sich statt dessen die Nasen zu.»

Die Exgeheimdienstler fordern Obama auf, «sich endlich von ehrlichen Analysten der nachrichtendienstlichen Aufklärung ins Bild setzen zu lassen». Das würde ihn «überzeugen, die dringend notwendigen Schritte einzuleiten, um die Gefahr einzudämmen, dass die Beziehungen zu Russland von einem neuen Kalten Krieg zu einer bewaffneten Konfrontation eskalieren». Dann betonen sie: «In aller Offenheit, wir sehen wenig Grund zu glauben, dass Minister Kerry und Ihre anderen Berater die Ungeheuerlichkeit dieser Gefahr richtig einschätzen.»

Zugleich erinnern sie Obama daran, dass er den blutigen Bürgerkrieg zwischen Ost- und West-ukraine stoppen und damit eine russische Militärintervention im Osten der Ukraine verhin-

dern könne: «Die meisten gut informierten Beobachter glauben, dass es in Ihrer Macht steht, die ukrainische Führung zum Einlenken zu bewegen. Je länger jedoch Kiew seine Offensiven gegen die Separatisten im Osten fortsetzt, desto heuchlerischer klingen alle US-Friedensappelle.»

Schliesslich bekräftigen sie die Empfehlungen eines bereits am 4. Mai 2014 von ihnen verfassten Statements, «die Ursachen für diese Konfrontation in der Ukraine zu eliminieren, indem Sie öffentlich jeden Wunsch, die Ukraine in die NATO zu integrieren, desavouieren und deutlich machen, dass Sie bereit sind, sich persönlich mit dem russischen Präsidenten Putin unverzüglich zusammenzusetzen, um Wege aus der Krise zu finden und um die legitimen Interessen der verschiedenen Parteien anzuerkennen.»

Die Höflichkeit geböte eine Antwort.

Rainer Rupp operierte unter dem Decknamen Topas seit den 70er Jahren für den DDR-Auslandsnachrichtendienst Hauptverwaltung Aufklärung als Spion im NATO-Hauptquartier in Brüssel. 1994 wurde er von einem BRD-Gericht zu zwölf Jahren Haft wegen Landesverrats verurteilt. Am 20. September referiert Rainer Rupp auf Einladung der Schweizerischen Friedensbewegung in Basel (siehe Titelseite). Quelle: Junge Welt (leicht gekürzt)

Das politische Buch

Resistenza

Mit Gerhard Feldbauers neuem Buch «Die Resistenza. Italien im Zweiten Weltkrieg» legt die Basiswissen-Reihe des PapyRossa-Verlags nach Peter Raus «Der Spanienkrieg 1936–39» nun ein weiteres Einführungsbuch zu einer dezidiert unter antifaschistischen Vorzeichen stehenden militärischen Auseinandersetzung im 20. Jahrhundert vor. Anders als der Spanische Bürgerkrieg war der als Resistenza bezeichnete Kampf gegen die deutschen und italienischen Faschisten für die demokratischen Kräfte erfolgreich.

Während die wenigen überhaupt im deutschsprachigen Buchhandel erhältlichen Werke zum Thema ihren Blick meist auf die Endphase des Weltkriegs richten, zeigt der Historiker Feldbauer die Ursachen und Triebkräfte der Errichtung der faschistischen Diktatur in Italien nach 1922 und stellt die unterschiedlichen Trägergruppen des Widerstands vor, wobei er der Darstellung der Bündiskonzeption des Marxisten Antonio Gramsci ein besonderes Augenmerk widmet.

Feldbauers langjährige Erfahrung als Journalist, unter anderem als Presskorrespondent im Rom der 1970er Jahre, hat ihm offensichtlich dabei geholfen, die unterschiedlich großen politischen Spielräume der Widerstandsparteien und ihre konkreten militärischen Aktionen mit den jeweiligen geostrategischen Rahmenbedingungen zu verknüpfen.

Der Autor formuliert in diesem Einführungswerk eine eigene, kenntnisreich begründete These. Sie lautet: 1945 habe es nach dem vorübergehenden Zusammenbruch des italienischen Imperialismus eine ungenutzte revolutionäre Situation im Land gegeben. Daß er so argumentiert, zeigt, daß hier eine im besten Sinne politische Publikation vorliegt! Feldbauers Literaturangaben im Anhang machen Lust auf eine weitere Beschäftigung mit dem Thema. P.B./JW

Gerhard Feldbauer: Die Resistenza. Italien im Zweiten Weltkrieg. PapyRossa, Köln 2014, 126 Seiten, 9,90 Euro. Erhältlich u.a. bei Buchhandlung Waser, Rümelinplatz 17, 4001 Basel, Tel.: 061 261 02 89,



Unsere Welt

Zeitung der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB)

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Friedensbewegung SFB, Postfach 2113, CH-4001 Basel
Verantwortlich für Herausgabe: Martin Schwander
Redaktion: Franziska Genitsch, Jonas Jäggi, Toni Mächtlinger, Ruedi Moser, Martin Schwander, Louise Stebler, Yannick van den Berg, Samuel Wanitsch
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

«Unsere Welt» erscheint viermal jährlich.

Auflage: 3 000

Mail: sfb@bluewin.ch Telefon: 061/681 03 63 Fax: 061/681 76 32

Abonnementspreis: mindestens 12 Franken. PC: 40-1627-7

Satz/Layout: ComTex, 3414 Oberburg

Druck: Bubenberg Druck- und Verlags AG, Bern

Mithelfen

«Unsere Welt» erscheint seit 1978. Dies, weil die Freundinnen und Freunde der UW mit Spenden es ermöglichen und weil viele Helferinnen und Helfer bei der Verbreitung mithelfen.

Wie kann ich helfen?

Indem Sie den Einzahlungsschein benützen und/oder einen Bund Zeitungen bestellen und an Ihrem Ort an Versammlungen oder in die Briefkästen verteilen. Benützen Sie dazu den Talon auf Seite 5. Herzlichen Dank!



Dietmar Schönherr. Foto Vivi Bach/Wikipedia

Dietmar Schönherr 1926 – 2014

Tatwort Solidarität

Am 18. Juli 2014 ist auf Ibiza unser Friedensfreund und Mitstreiter aus den achtziger Jahren, der Schauspieler Dietmar Schönherr gestorben. Das ehemalige Nationalkomitee-Mitglied der Schweizerischen Friedensbewegung SFB, das während 27 Jahren in der Schweiz lebte, erfreute sich über Jahrzehnte grosser Beliebtheit beim Publikum und konnte auf eine abwechslungsreiche Karriere bei Theater, Film und Fernsehen zurückblicken.

Von Martin Schwander

Der gebürtige Österreicher Dietmar Schönherr war als junger Mensch Zögling einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt (Napola), in der die deutschen Faschisten ihren Führungsnachwuchs drillten. Dort wurde er 1943 von Regisseur Alfred Weidenmann, dem damaligen Leiter der Hauptabteilung Film der faschistischen Hitlerjugend, entdeckt. Weidenmann überzeugte Schönherr, zusammen mit Hardy Krüger und Gunnar Möller im Propagandafilm «Junge Adler» mitzuwirken. Den regimetreuen Film habe er zu jener Zeit nicht kritisch betrachtet, meinte er später in einem Interview, «Junger Adler» sei für ihn, den 17jährigen Burschen, einfach ein grosses Abenteuer gewesen. Diese unkritische Abenteuerlust und – als Grosssohn eines K.u.K.-Generals und Sohn eines Wehrmacht-Generalleutnants – vermutlich auch Familientradition werden es schliesslich gewesen sein, die den Jüngling ein Jahr später dazu trieb, sich als Freiwilliger in deutsche Kriegsdienste zu stellen. «Meine erste, noch reichlich pubertäre Ambition war es, Kriegsheld zu werden, hochdekoriert und von allen verehrt», wird Schönherr auf der Web-Seite panyarte.de zitiert. «Mein Vater, der General war, erklärte mir, dass ich dafür absolut ungeeignet sei. Ich schaffte es bis zum Fähnrich. Anstatt Heldentaten zu vollbringen, desertierte ich, von der Sinnlosigkeit des Krieges überzeugt, auch von der Sinnlosigkeit meines eigenen Helden-todes im Dienst eines menschenverachtenden Systems.»

Nach dem Krieg studierte Schönherr Architektur, brach das Studium aber ab, um bei Radio Innsbruck als Sprecher und Regisseur zu arbeiten,

war Synchronsprecher u.a. von James Dean und Gérard Philipe und setzte seine Filmkarriere fort – in den gängigen Unterhaltungsgenres der Zeit, die ihn schnell populär machten. Mit kleinen, aber anspruchsvollen Rollen konnte er sich zuweilen eindrucksvoll auch als Charakterschauspieler beweisen, u.a. als Rabbi in «Schachnovelle» (1960).

Obwohl er immer wieder in Kinofilmen auftrat, wandte er sich Ende der 60er vorrangig dem Fernsehen zu, spielte in vielen Filmen wie Serien und inszenierte u.a. den Antikriegsfilm «Kain» (1972). Kultstatus erlangte die 7-teilige Serie «Raumpatrouille» vor allem durch ihren naiven Charme: Schönherr rettet als Commander des Raumschiffs Orion darin ein ums andere Mal die Welt. Und Legende ist auch seine Show «Wünsch dir was», die er von 1969–1972 zusammen mit seiner Frau, der Sängerin und Schauspielerin Vivi Bach (1939–2013), moderierte.

Im letzten Drittel seines Lebens hat sich der überzeugte Pazifist, der 1999 mit dem Heinz-Galinski-Preis der jüdischen Gemeinde Berlin ausgezeichnet wurde, stark auf politischem Gebiet engagiert. Zu seinen Kinofilmen in dieser Zeit gehören Xavier Kollers «Reise der Hoffnung» (1989), eine nach einem authentischen Fall gestaltete tragische Geschichte türkischer Flüchtlinge, Doris Dörries Episodenfilm «Bin ich schön?» (1998) und «Leo & Claire», in welchem er einen jüdischen Rechtsanwalt spielte.

Im SFB-Nationalkomitee

Mit dem Schweizer Appell gegen den Atomtod kam Dietmar Schönherr, der damals am oberen Kaiserstuhl wohnte, Ende der 70er Jahre mit der Schweizerischen Friedensbewegung

in Kontakt und wurde in ihr Nationalkomitee gewählt. 1984 war er gemeinsam mit Ex-Nato-General Nino Pasti Referent an der SFB-Jahresversammlung in Münchenstein – von der ebenfalls anwesenden Bundespolizei als «Schauspieler und TV-Präsentator» mitsamt Aargauer Kennzeichen des Wagens von Vivi Bach in bekannter Manier fichiert.

Bereits 1981 – die Debatte um die NATO-Nachrüstung mit der Stationierung von atomar bestückten Mittelstreckenraketen in Europa (sog. NATO-Doppelbeschluss) wurde allmählich heiss geführt – kam es zum berühmten Eklat im Schweizer Fernsehen: Schönherr bezeichnete als Moderator einer Talk-Show den US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan beiläufig als Arschloch. Das Konzept der Talkshow sei es gewesen, eine Sendung nicht nur mit Open End, sondern auch mit Open Beginning zu machen, meinte er in einem Spiegel-Interview von 2001. «Das hiess: zusammensitzen und reden, und irgendwann blendet sich das Fernsehen in das Gespräch ein. An dem besagten Tag war vom Gleichgewicht des Schreckens und vom Atomkrieg die Rede, was aber noch nicht übertragen wurde. Die hörten nur, wie ich gegen Ende der Sendung das Thema nochmal aufgriff und sagte: «Ich werde nie ein Moderator im Sinne von Besänftiger sein, ich werde mich auch in Zukunft aufregen dürfen über Herrn Reagan oder irgend so ein anderes Arschloch.» Es war ein Nebensatz. Und das hat halt geknallt.»

Grussbotschaft nach Bern

Schönherr musste nach seinen deutlichen Worten als Moderator gehen. Als Redner bei Friedensdemonstrationen gegen den NATO-Doppelbeschluss war er jedoch plötzlich ein gefragter Mann. Zur grossen Kundgebung vom 2. Dezember 1981 in Bern konnte er leider nicht kommen, doch liess er den Zehntausenden von Friedensbewegten über die SFB eine Grussbotschaft zukommen: «Leider kann ich heute nicht bei euch in Bern sein. Ich möchte aber der Schweizer Friedensbewegung an diesem Tag meine tiefe, innere Verbundenheit zum Ausdruck bringen. Bitte erlauben Sie mir, heute und in der Zukunft Ihr Mitstreiter zu sein, gegen Krieg, Schrecken und Gewalt. Alle guten Kräfte müssen sich zusammenschliessen für eine bessere, friedliche Welt, ohne Hass, ohne Unwissenheit, ohne Diskriminierung, ohne Angst und Unterdrückung, ohne Hunger und Qual. Heute ist nur ein Samstag aber für uns alle ist es ein grosser Tag.»

Stiftung für Nicaragua Pronica

Ab 1982 setzte sich Schönherr als Wahlhelfer der deutschen Grünen ein und beteiligte sich 1983 an der Blockade des Raketendepots von Mutlangen. Zu «Spiegel» sagte er darüber: «Ja, ich habe an der ersten grossen Prominentenblockade in Mutlangen teilgenommen, wo Böll, Grass, Gollwitzer, Jungk, Jens dabei waren, also alles, was die deutsche Intelligenz darstellte. Dazu hatte man mich eingeladen, auch wegen dieser Reagan-Geschichte, durch die ich im Abseits stand. Es war gut, Gleichgesinnte zu

finden. Ich weiss noch, mein VW Variant musste vorher zur Inspektion. In der Werkstatt sagten die: «Jemand fährt Sie hin.» Und dann fuhr mich einer im roten Porsche zur Blockade. Also war ich prompt das Arschloch mit dem roten Porsche...»

Schönherr wurde in der Folge zur Zahlung einer Geldauflage von damals 8000 DM verurteilt. Nachdem ihm die Wahl der Empfänger offengelassen wurde, solange es nur eine gemeinnützige Einrichtung war, gründete er am Zürcher Schauspielhaus die Stiftung «Hilfe zur Selbsthilfe Pronica e.V.», die sich in den Dienst der Armen in Nicaragua stellte und später in den Spenderverein Pan y Arte (Brot und Kunst) überführt wurde.

Brot und Kunst

Der Beginn seines Nicaragua-Engagements bezeichnete Schönherr später als Wendepunkt in seinem Leben. Sein Engagement in der Friedensbewegung habe etwas selbstdarstellerisches gehabt, meinte er 2006 etwa zum Journalisten Marc Hairapetian. «Wir fanden uns grossartig, aber

das beeindruckte in Wirklichkeit die Politik überhaupt nicht.» Schönherr wollte etwas Positives initiieren. Über Freunde kam er in Kontakt mit dem Nicaraguanischen Kulturminister, Schriftsteller und Priester Ernesto Cardenal. Schliesslich fuhr er mit dem Filmemacher Werner Penzel acht Wochen lang durch das mittelamerikanische Land, das sich wenige Jahre zuvor erst befreit hatte und unterstützte danach mit seiner Stiftung Pronica die Infrastruktur eines Bergdorfes. Cardenal habe ihn schliesslich ermuntert, nicht nur etwas für das «Brot» zu tun, sondern auch für die «Rosen»: So entstand später das Kulturzentrum für Kinder und Jugendliche «Casa de los Tres Mundos» in der nicaraguanischen Stadt Granada, welches heute vom Verein «Pan y Arte» getragen und durch den ehemaligen Vizepräsidenten Nicaraguas und Schriftsteller Sergio Ramirez geführt wird. «Brot und Kunst», so Schönherr, «sind die wichtigsten Lebensmittel des Menschen. Wir kümmern uns um beides.»
Quellen: Neues Deutschland/wikipedia/panyarte.de/spirit-fanzine.de/spiegel.de

Die «Reagan ist ein Arschloch»-Affäre

Treffende Kurzformel

«Mitternacht war schon vorbei, die werktätigen Eidgenossen lagen längst im Bett. Da drang plötzlich ein «schrilles Misston» (NZZ) aus den wenigen, noch eingeschalteten Fernsehgeräten in Schweizer Stuben», schrieb «Der Spiegel» Ende November 1981, nachdem Moderator Dietmar Schönherr in seiner Talk-Show «Rendez-Vous» US-Präsident Reagan als Arschloch bezichtigt hatte.

«Schönherr sah darin nur einen «altdeutschen Kraftausdruck», die Schweizer Presse aber eine Verbalinjurie. Ein Hauch von Antiamerikanismus durchwehte angeblich die neutrale Alpenrepublik. Bürgerliche Blätter, weniger Schönherr als das ihnen als linkslastig geltende Fernsehen im Visier, verschafften dem bösen Wort Popularität.

Die NZZ pushte Schönherrs Schimpfe zur Staatsaffäre hoch, indem sie eine Verletzung einschlägiger Bestimmungen der Sendekonzession feststellte und gar aus dem Strafgesetzbuch zitierte: «Wer einen fremden Staat in der Person seines Oberhauptes ... öffentlich beleidigt, wird mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.»

Und das Boulevardblatt «Blick», dessen Verleger, Ringier-Konzernchef Heinrich Oswald, seine Chefredakteure unlängst vor drohender «Finnlandisierung und wachsendem Defätismus» in der Schweiz gewarnt hatte, empörte sich sogar auf der Frontseite über das Wort, das die Redakteure durch drei Punkte im Balkentitel – «A ... Loch» – besonders interessant machten.

Dem unbotmässigen Moderator übermittelte das Massenblatt auch gleich den Befehl von SRG-Generaldirektor Leo Schürmann: «Herr Schönherr muss sich entschuldigen.»

Doch dazu kam es nicht mehr: Oswalds Wochenblatt «Sonntagsblick» zog nämlich vier Tage nach der Sendung mit Schönherrs Meinung über

die Reagan-Helfer Haig und Weinberger nach: «Lausbuben». Damit war der Talkmaster, wie TV-Pressesprecher Alfred Fetscherin verkündete, zum «Sicherheitsrisiko» gewordene. Programmdirektor Ulrich Kündig feuerte ihn fristlos – per Telegramm.

«Blick»-Leser durften den Abschluss anschliessend beklatschen. Per Brief äusserte sich zum Beispiel der Geschäftsführer des «Verbands der Schweizer Journalisten», Hans Seelhofer, der seit Jahren unermüdlich gegen die angebliche Bedrohung der Meinungsfreiheit durch die Staaten der Dritten Welt agitiert: «Der unerwünschte Österreicher hat sich in billiger Weise zum Werkzeug sowjetischer Propaganda gemacht.»

In einem offenen Brief an Programmdirektor Ulrich Kündig nämlich erklärte Schönherr nach seiner Entlassung seinen Standpunkt: «Als Hitler seine Vernichtungsdrohungen aussties, hat sie keiner ernst genommen. Das Ende waren 'nur' 50 Millionen Tote. Die Vernichtung, die uns Mister Reagan androht, wird Hunderte von Millionen Europäer treffen.»

Und: «Ich habe eine Warnung ausgestossen, die unüberhörbar ist, und ich habe diese Warnung an meine schweigenden Mitbürger auf die kürzestmögliche Formel gebracht.»

Die Formel wurde von vielen Schweizern verstanden und gutgeheissen: Beim Fernsehen waren von den über hundert Briefen, die sich zur Sendung äusserten («Ein grosses Bravo», «Endlich mal etwas Spontanes»), nur drei negativ ausgefallen.

Selbst im «Blick» durfte Dietmar Schönherr unverhofft Zustimmung lesen: «Warum sollte man nicht einen Präsidenten von Amerika mit diesem Schimpfwort titulieren dürfen, der sich erlaubt zu sagen, dass ein Atomkrieg begrenzt sei ...?»

Quelle: Der Spiegel, 48/1981